



Petersplatz 1 - 06886 Zu Luth. Wittenberg - KRD

Verwaltungsgericht Frankfurt am Main  
7. Kammer  
Adalbertstraße 18  
60486 Frankfurt am Main  
Postfach 900436  
60444 Frankfurt am Main

**Vorab per Fax an: 0611-32761-8535**

## **Der Oberste Souverän Peter**

Menschensohn des Horst und der Erika Fitzek  
Petersplatz 1  
Imperator Fiduziar  
Königreich Deutschland  
06886 Zu Luth. Wittenberg

**Postanschrift für Ihre Schreiben:  
Empfangsbevollmächtigter: Marco Ginzal  
Heuweg 16  
06886 Wittenberg**

Lutherstadt Wittenberg, 22.06.2015

**Aktenzeichen: 7 L 1023/15.F(1), 7 L 1062/15.F(1), 7 L 1063/15.F(1), 7 L 1064/15.F(1),  
7 L 1065/15.F(1), 7 L 1066/15.F(1), 7 L 1067/15.F(1)**

Im Verfahren des Einstweiligen Rechtsschutzes vor dem VG Frankfurt liefern Wir, Peter, Sohn des Horst und der Erika Fitzek, folgende Ergänzungen zum bereits gelieferten Schriftsatz vom 05.03.2015.

### **1.**

Hiermit wird Bezug genommen auf das Schreiben des Dr. Rieg, der dem Anschein nach im Auftrage des Herrn Felix Hufeld für die sog. „Präsidialbehörde“ Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (kurz BaFin) tätig ist, welche an die 7. Kammer des Verwaltungsgerichtes Frankfurt am Main einen Schriftsatz, datiert auf den 27.05.2015, lieferte.

Uns erreichte dieser Schriftsatz durch das VG Frankfurt am Main per Fax am 09.06.2015.

a)

Wir weisen darauf hin, daß Herr Dr. Rieg bisher keinen Legitimationsbeweis als Bevollmächtigter des Herrn Felix Hufeld lieferte, er nur im Auftrage handelt und damit keine eigene Willenserklärung liefert, er zudem keine eigenhändige Unterschrift leistet, die Tätigkeiten der BaFin von den Banken finanziert wird, diese auch und hauptsächlich der **privaten** Europäischen Zentralbank untersteht und sie demzufolge auch KEINE unabhängige Behörde des Bundes sein kann. Aus diesem Grunde gelten die Vorschriften für Unterschriften der §§ 125 und 126 BGB oder des Handelsrechtes. In beiden Fällen ist die eigenhändige Unterschrift des Verantwortlichen des Schreibens oder die eines Bevollmächtigten erforderlich. Es liegt keine Vollmacht vor.

Wir wiederholen: Auch im VwVfG ist geregelt, daß die eigenhändige Unterschrift erforderlich ist. Dies kann auch durch ein unterschriebenes Begleitschreiben geschehen, daß erkennen läßt, daß es sich um einen abschließenden Rechtsakt und erst damit um keinen Entwurf

handelt. Eine Beglaubigung einer Unterschrift oder auch einer originalen Urkunde oder eines abschließenden Verwaltungsaktes hat durch einen Urkundsbeamten zu geschehen. Eine namentlich nicht bezeichnete „Tarifbeschäftigte“ oder auch „Regierungssekretärin“ kann dies nicht sein. Zudem bestellten Wir keine Abschrift. Wir verweisen zur Vermeidung von Wiederholungen auf die schon gelieferten Ausführungen im hiesigen Verfahren.

b)

Wir ergänzen zudem bereits gestellte Anträge und begehren hiermit die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs vom 28.11.2014 gegen den Beschluß der Antragsgegnerin vom 26.11.2014 – 2014/1520821 – Q 32-QF 5000-2014/0088 – 46843 – Go – gegenüber der Kooperationskasse.

Zudem ersuchen Wir um die gerichtliche Anordnung der Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der „Festsetzung eines Auslagenvorschusses“ gegen „Peter Fitzek“ und die zu erwartenden gegen Martin Schulz und weitere Betroffene, auch ohne den üblichen Widerspruchsweg gehen zu müssen, da diese Festsetzungen illegal und reine Schikane sind. Dies begründen Wir weiter hinten.

Wir liefern hiermit die sog. „Bescheid“ (-entwürfe) nach:

**Anlage 1:** sog. Festsetzungsbescheid(-entwurf) an Peter Fitzek vom 27.05.2015

**Anlage 2:** sog. Anhörungsbescheid(-entwurf) an Martin Schulz vom 10.06.2015

In **Anlage 3** liefern Wir das Schreiben vom 09.10.2014, auf das die Bafin in ihrem Schreiben auf Seite 2 Bezug nimmt. In diesem Schreiben stellten Wir klar, daß die Gewährung eines Rechtsanspruches in einem Einzelvertrag unerheblich ist und dies auch nicht zur Aufsicht führen könne, da die BaFin ausschließlich Versicherungsunternehmen beaufsichtigt, die sich nach dem „Gesetz der großen Zahl“ definieren.

## 2.

Herr Felix Hufeld (in Gestalt der BaFin) führt aus, daß Unsere als auch die Tätigkeiten der Beteiligten die Grenze zur unzulässigen Rechtsausübung bzw. zum Rechtsmißbrauch überschreiten würden. Er argumentiert, daß Wir als auch andere Beteiligte alle Tätigkeiten lediglich allein zu dem Zweck ausführen würden, um  
*„die Behörde oder einen Drittbetroffenen zu schikanieren oder zu belästigen oder einem anderen Schaden zuzufügen.“*

Weiter führt der Herr Hufeld aus:

*„Die Antragstellerin hat den Widerspruch vom 28.11.2014 einzig zu dem Zweck erhoben, die Antragsgegnerin zu schikanieren bzw. zu belästigen.“*

Die Antragsgegnerin erkennt hier, daß Wir als auch andere Bescheid(-entwurfs-)adressaten ihr Rechtsschutzbedürfnis nur stellen (müssen), da sich die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht nicht an geltende Rechtsvorschriften hielt und hält. Der Präsident und die Mitarbeiter der BaFin verweigern zudem jede fundierte konstruktive Zusammenarbeit, und

sie liefern nur noch notorisch rechtsfehlerhafte Auskünfte, die einzig und allein nur darauf abzielen können, JEGLICHEN Aufbau legaler gemeinwohlförderlicher Strukturen zu verhindern, die von Uns und den beteiligten „Bescheid“-adressaten mithilfe des Staates Königreich Deutschland, seiner Institutionen und weiterer Strukturen und Menschen getätigt werden. Die BaFin disqualifiziert sich damit zu einem Handlanger multinational operierender Bankenimperien, die bereits seit Jahrhunderten mithilfe der Werkzeuge der verzinslichen Schuldgeldschöpfung aus dem Nichts die Lohnsklaverei aufrechterhalten. Dabei wird die Besicherung der Gelder durch die Verpfändung der Menschen und ihrer Arbeitskraft getätigt. Die Menschen wurden und werden so zur beweglichen Habe einiger Familienclass gemacht, und die BaFin ist deren Handlanger zur „Wahrung der Integrität des bestehenden Finanzsystems“, so auch deren ausweisliche Aufgabe. Nur weil dies so ist, liefert die BaFin derartige Auskünfte, die Wir hier zum Beweis der Tatsache der fehlerhaften Rechtsanwendung und der bewußt fehlerhaften Rechtsauskünfte durch die Mitarbeiter der BaFin liefern. Wir sind nicht bereit, die geldsystematischen Straftaten (§ 263 StGB, Betrug und § 291 StGB, Wucher), die sich im System selbst begründen, zu unterstützen. Es sollte die Aufgabe jedes rechtschaffenden Menschen sein, dieses zerstörerische System zu beseitigen, um einen dauerhaften Rechtsfrieden herzustellen.

Hinter jeglicher Handlung von Uns steht das Motiv, dauerhaften Frieden in der Welt herzustellen. Dieser kann nur gewährleistet werden, wenn die zerstörerischen Systeme, die einer der Hauptgründe für die Verletzung des Friedens sind, in jeder Hinsicht durch bessere Systeme ersetzt werden. Dabei achten Wir als auch die Institutionen und Mitarbeiter, die an dieser Aufgabe beteiligt sind, das Völkerrecht und auch die bestehende Ordnung. Es gibt keine Rechtsverletzungen. Das edle Motiv einer kompletten Erneuerung zur dauerhaften Wahrung des Friedens kann nicht als unzulässige Rechtsausübung oder gar als Rechtsmißbrauch ausgelegt werden. Die Mitarbeiter der BaFin wurden darauf hingewiesen, daß dieses Ziel nicht aus den Augen verloren werden kann und daß jede **Institution**, die sich der friedlichen Wiederherstellung eines rechtmäßigen Zustandes und der Herstellung des Friedens widersetzt, friedlich beseitigt werden muß. Schaden nimmt seit langer Zeit die gesamte Menschheit. Die Konflikte der Erde werden, vor allem aufgrund der Ausgestaltung des bestehenden Geldsystems, immer mehr. Die Umweltverschmutzung nimmt in vielen Teilen der Welt aufgrund der bestehenden Geld- und Wirtschaftsordnung dramatische Ausmaße an, ohne daß ein daran angepaßtes verändertes Handeln ersichtlich ist.

Die Mitarbeiter der BaFin sollten und sollen hier weder schikaniert noch belästigt werden. Auch Schaden soll dadurch nicht erzeugt, sondern verhindert werden.

Wenn der oder die Mitarbeiter der BaFin behaupten, daß der *„Widerspruch vom 28.11.2014 einzig zu dem Zweck erhoben“* wurde, *„die Antragsgegnerin zu schikanieren bzw. zu belästigen“*, dann könnte nichts ferner der Wahrheit sein. Seit Jahren belästigt und schikaniert die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht den Unterzeichner und versucht seine legalen Tätigkeiten mit immer wieder neu erfundenen Falschbehauptungen zu unterbinden oder zu verzögern. Der Unterzeichner hatte sehr lange Geduld und hat über Jahre beständig um eine einvernehmliche Lösung gerungen, bis er erkennen mußte, daß es auf Seiten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht kein Interesse an einer einvernehmlichen, rechtskonformen und grundlegenden Lösung gibt. Es ist sogar so, daß aktiv gegen Unsere legalen Tätigkeiten und die anderer Beteiligter mit illegalen Mitteln vorgegangen wurde. Das auch in Verbindung mit anderen sog. „Bundesbehörden“.

Trotz mehrfacher Aufforderung an die Staatsanwaltschaft Dessau durch Uns, namentlich an die Staatsanwältin Voß, erfolgte bisher keine Anklage wegen der von der BaFin behaupteten angeblichen Tätigkeit unerlaubter erlaubnispflichtiger Bankgeschäfte, da es diese schlicht und einfach nicht gibt.

Wenn der Unterzeichner schrieb:

*„Mit Freuden werden Wir Sie schon sehr bald völlig kaltstellen“*

oder:

*„Wir haben so viel Freude daran, Sie und ihre Organisation immer mehr kaltzustellen, daß Wir dafür sogar am Sonntag tätig sind. Wir wollen doch auch so zügig wie möglich für ihre baldige Abwicklung sorgen ...“*

dann ist das nur Ausdruck für die unbedingte Notwendigkeit der Auflösung gemein(wohl)-gefährlicher Organisationen und Unsere Freude darüber, daß dieser Zeitpunkt schon bald da sein wird.

Es kann nicht sein, daß eine Organisation, welche die „Wahrung der Integrität des bestehenden Finanzsystems“ (Lohnsklavensystems) zur Aufgabe hat, systemimmanente Straftatbestände und die katastrophalen Auswirkungen dieser Systeme weiter erhalten soll und dabei gleichzeitig noch **eine Erneuerung zum Wohle aller Menschen zu verhindern sucht**.

Eine Organisation BaFin, die sich zudem nicht an geltende Rechtsnormen hält und die friedlichen Gruppierungen, die sich nur um eine friedliche Erneuerung kranker Systemstrukturen bemüht, beständig schikanieren und belästigen kann, sollte nur noch eine zeitlich sehr begrenzte Handlungslegitimation haben. Diese soll so lange aufrechterhalten werden, aber sukzessive immer weiter zurücktreten, wie eine Erneuerung von Uns und/oder den Menschen geleistet werden kann. Das Tempo bestimmt die Menschheit durch ihre Mitarbeit bei der Erneuerung.

Es geht aber noch viel weiter. Es wurden zur Unterdrückung legaler Alternativen sogar bewußt rechtsfehlerhafte Auskünfte erteilt, nur um den Status Quo aufrecht zu erhalten, und es wurde gar versucht, die Tätigkeiten des Unterzeichners und anderer Beteiligten zu diskreditieren oder gar zu kriminalisieren. Die BaFin informierte erneut die Staatsanwaltschaft Dessau und behauptete die Tätigkeit angeblich unerlaubter Geschäfte, obwohl sie weiß, daß keine Straftaten getätigt werden. Der Straftatbestand der politischen Verdächtigung (§ 241 a StGB) ist gegeben. Der Versuch ist bereits strafbar. Wir erstatteten (bisher) keine Anzeige.

**Anlage 4:** Antwort der BaFin vom 24.03. auf Unsere dritte Erlaubnisanfrage vom 06.03.2015 (korrekt wäre der 04.03.2015)

Wenn die BaFin behauptet, daß Unsere wahre Intention die „Kaltstellung“ der Bundesanstalt zum Ziel hat, dann ist das nicht ganz richtig. Die „Kaltstellung“ rechtsbeugender Mitarbeiter und der Mitarbeiter, die bewußt fehlerhafte Auskünfte erteilen, ist ein Ziel. Die Abschaffung eines kriminellen Systems ist das Ziel. Die Herstellung eines rechtskonformen Zustandes ist das Ziel.

Wenn die BaFin bei der Umstrukturierung des bestehenden Finanzsystems in ein gemeinwohlförderliches Geld- und Wirtschaftssystem taugt, dann kann sie gern nach Veränderung ihrer Aufgabenstellung Bestand haben. Wenn sie sich jedoch gegen eine rechtskonforme Veränderung zum Besseren für alle Menschen wendet und die Schaffung eines souveränen deutschen Staates, der seine Finanzen selbstbestimmt regelt und sein eigenes Geld ausgibt, aktiv versucht zu unterbinden, dann gehört sie abgeschafft oder zumindest „kaltgestellt“. So kann sie den Aufbau der Souveränität der deutschen Völker zumindest nicht aktiv verhindern.

Wenn die BaFin unter II. b) anführt, daß der Unterzeichner

*„jede nicht in seinem Sinne lautende Entscheidung der Antragsgegnerin nicht akzeptieren würde“*

dann bezieht sich dies lediglich auf Entscheidungen, die nicht konform zur geltenden Ordnung sind, und das ist leider mittlerweile regelmäßig der Fall, wie die hier gelieferten Antworten auf Unsere jeweilige „Bitte um bankenaufsichtsrechtliche Stellungnahme“ beweisen. Wir gehen weiter unten erneut darauf ein. Obwohl mit der Ausgestaltung des gelieferten „Kapitalüberlassungsvertrages“ oder auch der „Euro-Überlassung“ und anderer ähnlich gearteter Bemühungen um eine Erneuerung nicht im Ansatz der Tatbestand eines Einlagengeschäfts ersichtlich sein kann, behauptet die BaFin diese Einlagengeschäfte und ihre Zuständigkeit. Eine derartige Institution kann nicht mehr ernst genommen werden und Auskünfte ihrer Mitarbeiter kann man nicht einfach akzeptieren. Die Tätigkeiten der BaFin und ihre zahllosen „Anhörungen“ oder „Bescheide“ sind reine Schikane und binden nur Unsere Arbeitskraft. Sie verzögern damit nur den Aufbau einer Gemeinwohlwirtschaft. Das ist nicht hinnehmbar. Die Welt braucht dringend eine Erneuerung, die riesigen Flüchtlingsströme beweisen dies. Wir können dieses Chaos beenden.

Wenn die BaFin weiter ausführt:

*„Macht ein Antragsteller aber von vornherein deutlich, dass er eine Entscheidung, sofern sie seinem Begehren nicht entspricht, nicht befolgen, sondern unterlaufen wird, dann fehlt ihm ein Rechtsschutzbedürfnis und der Widerspruch vom 28.11.2014 wäre jedenfalls unter diesem Gesichtspunkt nicht zulässig.“*

dann verkennt der Mitarbeiter der BaFin, daß Wir nicht verpflichtet sind, offenkundig rechtsfehlerhafte Auskünfte, die jeglichem Rechtsverständnis zuwiderlaufen, beachten zu müssen. Das Gesetz legt schon klar dar, was Bankgeschäfte sind und was sie nicht sein können. Wir und auch die Menschheit kann es sich nicht leisten, sich jahrelang durch alle Instanzen der Gerichte zu begeben und in der Zeit untätig abzuwarten, zumal allgemein bekannt ist, daß es teilweise ein Jahrzehnt dauert, bis eine höchstrichterliche Verwaltungsentscheidung ergangen ist, wobei dann auch nicht gesichert ist, daß die Gesetzeslage dann auch noch die gleiche ist. Ein derartiger Zustand ist nicht hinnehmbar und er begünstigte bisher das jetzt bestehende und sich immer weiter ausdehnende Desaster, in dem sich die kollektive Menschheit befindet. Es ist klar erkennbar, daß sich der Präsident der BaFin nicht an geltendes Recht der Bundesrepublik hält. Er kann also nur unter der Einwirkung fremder Mächte stehen und/oder die Freiheit von fremder Botmäßigkeit (weiter) aufzuheben interessiert sein. Die willkürliche Vorgehensweise bei den hier stattfindenden Razziaaktionen verletzt den sechsten Verfassungsgrundsatz. Es ist für den Unterzeichner mit seinem Gewissen nicht vereinbar, derartige

Organisationen und ihre kriminellen Handlungen durch Teilhabe an diesen zerstörerischen Systemstrukturen oder durch Untätigkeit zu unterstützen oder diese dauerhaft zu tolerieren.

Wenn die Antragsgegnerin zum Ausdruck bringt:

*„Der avisierte Vertreter der Antragstellerin geht indes noch darüber hinaus und hat mehrfach durch Taten und Worte bekräftigt, dass er die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland und deren Staatsgewalt insgesamt nicht anerkennt.“*

dann irrt die Antragsgegnerin auch hierbei.

Allein schon die Tatsache, daß Wir Uns zahlreiche Male darum bemühten, immer eine rechtskonforme Lösung zu finden, Wir zahlreiche Bitten sowohl um bankenaufsichtsrechtliche Stellungnahme als auch zahlreiche versicherungsaufsichtrechtliche Stellungnahmen stellten ...

**Beweis:** Liste der bereits gestellten Anfragen um banken- und versicherungsaufsichtsrechtliche Stellungnahme

**Anlage 5:**

- a) Nähere Ausführungen zur Vertragsausgestaltung vom 20.09.2010
- b) Anfrage zur Prüfung der Verträge vom 24.02.2011
- c) Anfrage zur Prüfung der Verträge vom 16.03.2011
- d) Bitte um versicherungsaufsichtsrechtliche Stellungnahme vom 05.05.2011
- e) Bitte um versicherungsaufsichtsrechtliche Stellungnahme vom 16.02.2012
- f) Bitte um versicherungsaufsichtsrechtliche Stellungnahme vom 27.03.2012
- g) Bitte um versicherungs-/bankenaufsichtsrechtliche Stellungnahme vom 07.05.2013
- h) Bitte um versicherungsaufsichtsrechtliche Stellungnahme vom 27.05.2013
- i) Bitte um bankenaufsichtsrechtliche Stellungnahme vom 28.05.2013
- j) Bitte um versicherungsaufsichtsrechtliche Stellungnahme vom 18.05.2014
- k) Bitte um bankenaufsichtsrechtliche Stellungnahme vom 18.12.2014
- l) Bitte um bankenaufsichtsrechtliche Stellungnahme vom 20.01.2015
- m) Bitte um versicherungsaufsichtsrechtliche Stellungnahme vom 17.02.2015
- n) Bitte um bankenaufsichtsrechtliche Stellungnahme vom 04.03.2015

... und Wir grundsätzlich immer zuerst versuchen, in den Dienststellen mit den Mitarbeitern eine einvernehmliche Lösung bei Beibehaltung des Erneuerungswillens zu finden, ist doch schon Beweis genug, daß Wir die bestehende Rechtsordnung soweit achten, wie es mit Unserem Gewissen vereinbar ist.

Ein weiterer Beweis für den Willen zur Kooperation ist folgender Vorgang:

Im Schreiben an die NDGK vom 16.07.2013 (s. **Anlage 6**) forderte die Antragsgegnerin, es solle ein vorgegebener Text an die Mitglieder der NDGK gesendet werden. Zudem stellte sie die Bedingung, daß jegliche Änderung oder Ergänzung des Textes zur Genehmigung vorzulegen sei. Der Text wurde dann von der NDGK ergänzt und per E-Mail und Schreiben vom 29.07.2013 (s. **Anlage 7**) der Antragsgegnerin zur Genehmigung vorgelegt, damit dieser Text nach Erteilung der Genehmigung allen Mitgliedern gesendet werden könne. Dies beantwortete die Antragsgegnerin mit einer Zwangsgeldfestsetzung in Höhe von 1.050.000 Euro

im Schreiben vom 23.09.2013 (s. **Anlage 8**), in welchem sie dann auch auf Seite 5 die Nichtgenehmigungsfähigkeit erklärte und in dem sie durch die Zwangsgeldfestsetzung die angestrebte Lösungsfindung unter Beibehaltung des Erneuerungswillens erschwerte.

Zudem rechtfertigte die Antragsgegnerin ihr Vorgehen damit, indem sie auf Seite 3 unter Ziffer II. 1. behauptete, daß durch die Aussagen von Uns als Oberster Souverän des Königreiches Deutschland in einem Parallelvorgang auf den Unwillen zur Kooperationsbereitschaft der NDGK geschlossen werden könne. Es handelt sich jedoch dabei um zwei voneinander getrennte Rechtssphären. Daß Wir, als Oberster Souverän, eine Zusammenarbeit mit der Antragsgegnerin zu beenden gedenken, schließt eine weitere Zusammenarbeit der NDGK, wie sie bereits in der Vergangenheit bestand, nicht aus. Der Wille zur Lösungsfindung wurde beibehalten und die gewünschten Daten und Fakten mit Schreiben vom 01.10.2013 (s. **Anlage 9**) geliefert.

Noch ein Beweis zur Kooperationsbereitschaft ist das Antwortschreiben der NDGK vom 23.04.2014 (s. **Anlage 10**).

Zitat aus diesem Schreiben:

*„ ... vielen Dank für Ihr Schreiben, datiert am 16.04.2014, bei uns eingegangen am 22.04.2014.*

*In diesem Schreiben gaben Sie uns auf, Ihnen substantiiert Stellung abzugeben innerhalb einer Frist von einer Woche ab Datum Ihres Schreibens. Wir hätten also nur einen Tag Zeit um dies zu leisten.*

*[...]*

*Von Ihnen bemängelte „Werbung“ auf unserer Internetseite wurde in jedem einzelnen der von Ihnen aufgeführten Punkte verändert. Es wurde nochmals eine Präzisierung vorgenommen und Klarheit geschaffen, so daß die NDGK auf keinen Fall mit einer Versicherung verwechselt werden und ein durchschnittlicher Verbraucher mit aller Deutlichkeit das Fehlen eines Rechtsanspruches auf Sach- und Unterstützungsleistungen widerspruchsfrei erkennen kann.“*

Wir können nicht mit Menschen zusammenarbeiten, die bewußt Falschaussagen tätigen, fehlerhafte Auskünfte erteilen, illegale Razziaaktionen veranlassen, und die behaupten, dies im „öffentlichen Interesse“ zu tätigen, und dann auch noch deren Taten einfach abwartend hinnehmen.

Wir brachten und bringen hiermit wieder zum Ausdruck, daß Wir die bestehende Ordnung der Bundesrepublik für eine der besten Ordnungen auf dieser Welt halten, diese jedoch nun dringend einer Verbesserung bedarf, will Deutschland seine Rolle in der Welt entsprechend seinem Auftrage erfüllen und soll die Welt friedlicher werden.

Wir erkennen die Bemühungen vieler ehrlicher Menschen an, ihr Bestes zu geben. Sich konform zur angewendeten Ordnung zu verhalten und sich dabei auch noch selbst treu zu bleiben, ist in der bestehenden Geld- und Wirtschaftsordnung nicht gerade einfach.

Wir erkennen an, daß die Bundesrepublik eine Ordnung hat. Wir erkennen aber auch, daß das Grundgesetz vielfach nicht geachtet wird, daß kriminelle Strukturen die Regierung übernommen haben (z. B. im Gesundheitsbereich), und daß eine beständige Erosion des Rechtes eintritt, ja teilweise sogar schon ein Rechtsbankrott eingetreten ist.

Diesen Zustand zu verbessern ist Unser Bemühen.

Die Antragsgegnerin behauptet in ihrem Schreiben unter 2., daß der Antrag der Antragstellerin in der Sache keinen Erfolg habe und daß ein schutzwürdiges Interesse nicht ersichtlich sei. Sie führt ferner an, daß das öffentliche Interesse an der sofortigen Vollziehung der angefochtenen Verfügung das private Interesse an einem Aufschub überwiegen würde. Sie begründet das mit der formellen (a) und materiellen (b) Rechtmäßigkeit der Verfügung.

Zur Vermeidung von Wiederholungen verweisen Wir auf Unseren 262-seitigen Schriftsatz, der dem Gericht vorliegt. Ergänzend führen Wir an, daß es kein öffentliches Interesse, sondern ein privates Interesse der BaFin gibt, da diese zwar behauptet, eine „Präsidialbehörde“ zu sein und sich so einen öffentlich-rechtlichen Anstrich gibt, ihre Tätigkeiten jedoch rein privat finanziert werden (von den Banken und Versicherungen) und die BaFin hauptsächlich den privaten Weisungen einer EZB unterliegt, die wiederum keine öffentlich-rechtliche Körperschaft unter demokratischer Kontrolle ist. Auch wenn die BaFin formell zur Hälfte dem Finanzministerium untersteht, hat dieses nur einen sehr eingeschränkten Einfluß auf die Tätigkeiten der BaFin und die sog. „Geldpolitik“ allgemein. Vor allem wurden der BaFin zu viele eigene Kompetenzen übertragen. Damit wurde die Gewaltenteilung eliminiert.

Zudem:

Der größte Teil der Öffentlichkeit hat kein Interesse an einem Fortleben des bestehenden, mehrere Straftatbestände erfüllenden Umverteilungssystems von Fleißig zu Reich. Die BaFin ist ein Werkzeug zur Erhaltung der Lohnsklaverei. Die Öffentlichkeit hat ein Interesse an einem fairen und neutralen Austauschsystem.

Der damaligen Präsidentin der BaFin wurden exemplarisch 100 Willenserklärungen der Kapitalüberlasser zugesandt, die alle einvernehmlich zum Ausdruck brachten, daß sie die Tätigkeiten der BaFin NICHT wünschten und daß es ihr Interesse sei, daß wir die überlassenen Gelder genau so einsetzen sollten, wie Wir es tun.

**Beweis:** weitere 7 exemplarische Willenserklärungen / Eidesstattl. Versicherungen ab Seite 9

Das öffentliche Interesse ist der Aufbau eines souveränen deutschen Staates und die Etablierung eines fairen staatlichen Austauschsystems. Es ist ein privates Interesse einiger Familiencans, die **ihre** Privatbanken und **ihre** private Finanzaufsicht benutzen, um die „Wahrung der Integrität ihres Finanzsystems“, welches ein Ausbeutungssystem ist, durchzusetzen.

## WILLENSERKLÄRUNG / EIDESSTATTLICHE VERSICHERUNG

In Kenntnis der Strafbarkeit der Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung versichere ich,

geb. am

Wohnsitz in

hiermit folgendes an Eides statt:

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) behauptet in ihrem Schreiben vom 26.11.2014, dass die Abwicklung der „Königlichen Reichsbank“ im Interesse der „Anleger“ durchgeführt werde. Ebenso behauptet die BaFin in ihrem Schreiben vom 17.09.2014, dass das überlassene Kapital unbedingt rückzahlbar sei, da die Folge der Nachrangklausel des Kapitalüberlassungsvertrages (KÜV) für den durchschnittlichen Anleger nicht verständlich sei.

Als Kapitalüberlasser und Kontoinhaber bei der „Königlichen Reichsbank“ gilt mein Interesse dem Aufbau eines neuen Gemeinwesens. Die Möglichkeit des Totalverlustes meines überlassenen Kapitals nehme ich dafür bewusst in Kauf. Die Folgen der Nachrangklausel des KÜV, dass eine eventuelle Rücküberlassung des überlassenen Kapitals an bestimmte Bedingungen gekoppelt ist, habe ich verstanden.

Daher sind die Behauptungen der BaFin, dass die Abwicklung der „Königlichen Reichsbank“ im Interesse der Anleger sei, für mich nicht gültig. Es ist meine Absicht, dass die „Königliche Reichsbank“ erhalten bleibt und ihre Arbeit fortsetzt.

Ich versichere an Eides statt, dass ich nach bestem Wissen die reine Wahrheit gesagt habe.

Mir ist bekannt, dass eine eidesstattliche Versicherung eine nach den §§ 156, 161 Strafgesetzbuch (StGB) strafbewehrte Bestätigung der Richtigkeit meiner Erklärung ist. Mir sind die strafrechtlichen Folgen einer unrichtigen, d.h. nicht den Tatsachen entsprechenden, oder unvollständigen Erklärung, d. h. das Verschweigen der wesentlichen Tatsachen, bekannt.

Nach § 156 StGB wird mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wer vor einer zur Abnahme einer Versicherung an Eides statt zuständigen Behörde eine solche Versicherung vorsätzlich falsch abgibt. Nach § 161 StGB wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft, wer vor einer zur Abnahme einer Versicherung an Eides statt zuständigen Behörde eine solche Versicherung fahrlässig falsch abgibt.

Ort

Datum

Unterschrift

## EIDESSTATTLICHE VERSICHERUNG

In Kenntnis der Strafbarkeit der Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung versichere ich,

\_\_\_\_\_, geb. am \_\_\_\_\_

Wohnsitz in \_\_\_\_\_

hiermit folgendes an Eides statt:

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) behauptet in ihrem Schreiben vom 26.11.2014, dass die Abwicklung der „Königlichen Reichsbank“ im Interesse der „Anleger“ durchgeführt werde. Ebenso behauptet die BaFin in ihrem Schreiben vom 17.09.2014, dass das überlassene Kapital unbedingt rückzahlbar sei, da die Folge der Nachrangklausel des Kapitalüberlassungsvertrages (KÜV) für den durchschnittlichen Anleger nicht verständlich sei.

Als Kapitalüberlasser und Kontoinhaber bei der „Königlichen Reichsbank“ gilt mein Interesse dem Aufbau eines neuen Gemeinwesens. Die Möglichkeit des Totalverlustes meines überlassenen Kapitals nehme ich dafür bewusst in Kauf. Die Folgen der Nachrangklausel des KÜV, dass eine eventuelle Rücküberlassung des überlassenen Kapitals an bestimmte Bedingungen gekoppelt ist, habe ich verstanden.

Daher sind die Behauptungen der BaFin, dass die Abwicklung der „Königlichen Reichsbank“ im Interesse der Anleger sei, für mich nicht gültig. Es ist meine Absicht, dass die „Königliche Reichsbank“ erhalten bleibt und ihre Arbeit fortsetzt.

Ich versichere an Eides statt, dass ich nach bestem Wissen die reine Wahrheit gesagt habe.

Mir ist bekannt, dass eine eidesstattliche Versicherung eine nach den §§ 156, 161 Strafgesetzbuch (StGB) strafbewehrte Bestätigung der Richtigkeit meiner Erklärung ist. Mir sind die strafrechtlichen Folgen einer unrichtigen, d.h. nicht den Tatsachen entsprechenden, oder unvollständigen Erklärung, d. h. das Verschweigen der wesentlichen Tatsachen, bekannt.

Nach § 156 StGB wird mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wer vor einer zur Abnahme einer Versicherung an Eides statt zuständigen Behörde eine solche Versicherung vorsätzlich falsch abgibt. Nach § 161 StGB wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft, wer vor einer zur Abnahme einer Versicherung an Eides statt zuständigen Behörde eine solche Versicherung fahrlässig falsch abgibt.

\_\_\_\_\_  
Ort Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

## EIDESSTATTLICHE VERSICHERUNG

In Kenntnis der Strafbarkeit der Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung versichere ich,

, geb. am

Wohnsitz in

hiermit folgendes an Eides statt:

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) behauptet in ihrem Schreiben vom 26.11.2014, dass die Abwicklung der „Königlichen Reichsbank“ im Interesse der „Anleger“ durchgeführt werde. Ebenso behauptet die BaFin in ihrem Schreiben vom 17.09.2014, dass das überlassene Kapital unbedingt rückzahlbar sei, da die Folge der Nachrangklausel des Kapitalüberlassungsvertrages (KÜV) für den durchschnittlichen Anleger nicht verständlich sei.

Als Kapitalüberlasser und Kontoinhaber bei der „Königlichen Reichsbank“ gilt mein Interesse dem Aufbau eines neuen Gemeinwesens. Die Möglichkeit des Totalverlustes meines überlassenen Kapitals nehme ich dafür bewusst in Kauf. Die Folgen der Nachrangklausel des KÜV, dass eine eventuelle Rücküberlassung des überlassenen Kapitals an bestimmte Bedingungen gekoppelt ist, habe ich verstanden.

Daher sind die Behauptungen der BaFin, dass die Abwicklung der „Königlichen Reichsbank“ im Interesse der Anleger sei, für mich nicht gültig. Es ist meine Absicht, dass die „Königliche Reichsbank“ erhalten bleibt und ihre Arbeit fortsetzt.

Ich versichere an Eides statt, dass ich nach bestem Wissen die reine Wahrheit gesagt habe.

Mir ist bekannt, dass eine eidesstattliche Versicherung eine nach den §§ 156, 161 Strafgesetzbuch (StGB) strafbewehrte Bestätigung der Richtigkeit meiner Erklärung ist. Mir sind die strafrechtlichen Folgen einer unrichtigen, d. h. nicht den Tatsachen entsprechenden, oder unvollständigen Erklärung, d. h. das Verschweigen der wesentlichen Tatsachen, bekannt.

Nach § 156 StGB wird mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wer vor einer zur Abnahme einer Versicherung an Eides statt zuständigen Behörde eine solche Versicherung vorsätzlich falsch abgibt. Nach § 161 StGB wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft, wer vor einer zur Abnahme einer Versicherung an Eides statt zuständigen Behörde eine solche Versicherung fahrlässig falsch abgibt.

Ort

Datum

Unterschrift

## WILLENSERKLÄRUNG / EIDESSTATTLICHE VERSICHERUNG

In Kenntnis der Strafbarkeit der Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung versichere ich,

\_\_\_\_\_, geb. am \_\_\_\_\_,

Wohnsitz in \_\_\_\_\_,

hiermit folgendes an Eides statt:

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) behauptet in ihrem Schreiben vom 26.11.2014, dass die Abwicklung der „Königlichen Reichsbank“ im Interesse der „Anleger“ durchgeführt werde. Ebenso behauptet die BaFin in ihrem Schreiben vom 17.09.2014, dass das überlassene Kapital unbedingt rückzahlbar sei, da die Folge der Nachrangklausel des Kapitalüberlassungsvertrages (KÜV) für den durchschnittlichen Anleger nicht verständlich sei.

Als Kapitalüberlasser und Kontoinhaber bei der „Königlichen Reichsbank“ gilt mein Interesse dem Aufbau eines neuen Gemeinwesens. Die Möglichkeit des Totalverlustes meines überlassenen Kapitals nehme ich dafür bewusst in Kauf. Die Folgen der Nachrangklausel des KÜV, dass eine eventuelle Rücküberlassung des überlassenen Kapitals an bestimmte Bedingungen gekoppelt ist, habe ich verstanden.

Daher sind die Behauptungen der BaFin, dass die Abwicklung der „Königlichen Reichsbank“ im Interesse der Anleger sei, für mich nicht gültig. Es ist meine Absicht, dass die „Königliche Reichsbank“ erhalten bleibt und ihre Arbeit fortsetzt.

Ich versichere an Eides statt, dass ich nach bestem Wissen die reine Wahrheit gesagt habe.

Mir ist bekannt, dass eine eidesstattliche Versicherung eine nach den §§ 156, 161 Strafgesetzbuch (StGB) straffbewehrte Bestätigung der Richtigkeit meiner Erklärung ist. Mir sind die strafrechtlichen Folgen einer unrichtigen, d.h. nicht den Tatsachen entsprechenden, oder unvollständigen Erklärung, d. h. das Verschweigen der wesentlichen Tatsachen, bekannt.

Nach § 156 StGB wird mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wer vor einer zur Abnahme einer Versicherung an Eides statt zuständigen Behörde eine solche Versicherung vorsätzlich falsch abgibt. Nach § 161 StGB wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft, wer vor einer zur Abnahme einer Versicherung an Eides statt zuständigen Behörde eine solche Versicherung fahrlässig falsch abgibt.

\_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_  
Ort Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

## EIDESSTATTLICHE VERSICHERUNG

In Kenntnis der Strafbarkeit der Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung versichere ich,

\_\_\_\_\_, geb. am \_\_\_\_\_,

Wohnsitz in \_\_\_\_\_

hiermit folgendes an Eides statt:

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) behauptet in ihrem Schreiben vom 26.11.2014, dass die Abwicklung der „Königlichen Reichsbank“ im Interesse der „Anleger“ durchgeführt werde. Ebenso behauptet die BaFin in ihrem Schreiben vom 17.09.2014, dass das überlassene Kapital unbedingt rückzahlbar sei, da die Folge der Nachrangklausel des Kapitalüberlassungsvertrages (KÜV) für den durchschnittlichen Anleger nicht verständlich sei.

Als Kapitalüberlasser und Kontoinhaber bei der „Königlichen Reichsbank“ gilt mein Interesse dem Aufbau eines neuen Gemeinwesens. Die Möglichkeit des Totalverlustes meines überlassenen Kapitals nehme ich dafür bewusst in Kauf. Die Folgen der Nachrangklausel des KÜV, dass eine eventuelle Rücküberlassung des überlassenen Kapitals an bestimmte Bedingungen gekoppelt ist, habe ich verstanden.

Daher sind die Behauptungen der BaFin, dass die Abwicklung der „Königlichen Reichsbank“ im Interesse der Anleger sei, für mich nicht gültig. Es ist meine Absicht, dass die „Königliche Reichsbank“ erhalten bleibt und ihre Arbeit fortsetzt.

Ich versichere an Eides statt, dass ich nach bestem Wissen die reine Wahrheit gesagt habe.

Mir ist bekannt, dass eine eidesstattliche Versicherung eine nach den §§ 156, 161 Strafgesetzbuch (StGB) strafbewehrte Bestätigung der Richtigkeit meiner Erklärung ist. Mir sind die strafrechtlichen Folgen einer unrichtigen, d.h. nicht den Tatsachen entsprechenden, oder unvollständigen Erklärung, d. h. das Verschweigen der wesentlichen Tatsachen, bekannt.

Nach § 156 StGB wird mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wer vor einer zur Abnahme einer Versicherung an Eides statt zuständigen Behörde eine solche Versicherung vorsätzlich falsch abgibt. Nach § 161 StGB wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft, wer vor einer zur Abnahme einer Versicherung an Eides statt zuständigen Behörde eine solche Versicherung fahrlässig falsch abgibt.

\_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_  
Ort Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

## WILLENSERKLÄRUNG / EIDESSTATTLICHE VERSICHERUNG

In Kenntnis der Strafbarkeit der Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung versichere ich,

\_\_\_\_\_, geb. am \_\_\_\_\_

Wohnsitz in \_\_\_\_\_

hiermit folgendes an Eides statt:

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) behauptet in ihrem Schreiben vom 26.11.2014, dass die Abwicklung der „Königlichen Reichsbank“ im Interesse der „Anleger“ durchgeführt werde. Ebenso behauptet die BaFin in ihrem Schreiben vom 17.09.2014, dass das überlassene Kapital unbedingt rückzahlbar sei, da die Folge der Nachrangklausel des Kapitalüberlassungsvertrages (KÜV) für den durchschnittlichen Anleger nicht verständlich sei.

Als Kapitalüberlasser und Kontoinhaber bei der „Königlichen Reichsbank“ gilt mein Interesse dem Aufbau eines neuen Gemeinwesens. Die Möglichkeit des Totalverlustes meines überlassenen Kapitals nehme ich dafür bewusst in Kauf. Die Folgen der Nachrangklausel des KÜV, dass eine eventuelle Rücküberlassung des überlassenen Kapitals an bestimmte Bedingungen gekoppelt ist, habe ich verstanden.

Daher sind die Behauptungen der BaFin, dass die Abwicklung der „Königlichen Reichsbank“ im Interesse der Anleger sei, für mich nicht gültig. Es ist meine Absicht, dass die „Königliche Reichsbank“ erhalten bleibt und ihre Arbeit fortsetzt.

Ich versichere an Eides statt, dass ich nach bestem Wissen die reine Wahrheit gesagt habe.

Mir ist bekannt, dass eine eidesstattliche Versicherung eine nach den §§ 156, 161 Strafgesetzbuch (StGB) strafbewehrte Bestätigung der Richtigkeit meiner Erklärung ist. Mir sind die strafrechtlichen Folgen einer unrichtigen, d.h. nicht den Tatsachen entsprechenden, oder unvollständigen Erklärung, d. h. das Verschweigen der wesentlichen Tatsachen, bekannt.

Nach § 156 StGB wird mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wer vor einer zur Abnahme einer Versicherung an Eides statt zuständigen Behörde eine solche Versicherung vorsätzlich falsch abgibt. Nach § 161 StGB wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft, wer vor einer zur Abnahme einer Versicherung an Eides statt zuständigen Behörde eine solche Versicherung fahrlässig falsch abgibt.

\_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_  
Ort

\_\_\_\_\_  
Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

## EIDESSTATTLICHE VERSICHERUNG

In Kenntnis der Strafbarkeit der Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung versichere ich,

\_\_\_\_\_, geb. am \_\_\_\_\_

Wohnsitz in \_\_\_\_\_

hiermit folgendes an Eides statt:

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) behauptet in ihrem Schreiben vom 26.11.2014, dass die Abwicklung der „Königlichen Reichsbank“ im Interesse der „Anleger“ durchgeführt werde. Ebenso behauptet die BaFin in ihrem Schreiben vom 17.09.2014, dass das überlassene Kapital unbedingt rückzahlbar sei, da die Folge der Nachrangklausel des Kapitalüberlassungsvertrages (KÜV) für den durchschnittlichen Anleger nicht verständlich sei.

Als Kapitalüberlasser und Kontoinhaber bei der „Königlichen Reichsbank“ gilt mein Interesse dem Aufbau eines neuen Gemeinwesens. Die Möglichkeit des Totalverlustes meines überlassenen Kapitals nehme ich dafür bewusst in Kauf. Die Folgen der Nachrangklausel des KÜV, dass eine eventuelle Rücküberlassung des überlassenen Kapitals an bestimmte Bedingungen gekoppelt ist, habe ich verstanden.

Daher sind die Behauptungen der BaFin, dass die Abwicklung der „Königlichen Reichsbank“ im Interesse der Anleger sei, für mich nicht gültig. Es ist meine Absicht, dass die „Königliche Reichsbank“ erhalten bleibt und ihre Arbeit fortsetzt.

Ich versichere an Eides statt, dass ich nach bestem Wissen die reine Wahrheit gesagt habe.

Mir ist bekannt, dass eine eidesstattliche Versicherung eine nach den §§ 156, 161 Strafgesetzbuch (StGB) strafbewehrte Bestätigung der Richtigkeit meiner Erklärung ist. Mir sind die strafrechtlichen Folgen einer unrichtigen, d.h. nicht den Tatsachen entsprechenden, oder unvollständigen Erklärung, d. h. das Verschweigen der wesentlichen Tatsachen, bekannt.

Nach § 156 StGB wird mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wer vor einer zur Abnahme einer Versicherung an Eides statt zuständigen Behörde eine solche Versicherung vorsätzlich falsch abgibt. Nach § 161 StGB wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft, wer vor einer zur Abnahme einer Versicherung an Eides statt zuständigen Behörde eine solche Versicherung fahrlässig falsch abgibt.

\_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_

Ort

Datum

\_\_\_\_\_

Unterschrift

Zum Beweis der Tatsache, daß das bestehende Geldsystem entgegen der öffentlichen Interessen ausgestaltet und zudem keine Währung verbunden mit einem Recht ist, wird hier Beweis erhoben durch:

- Eurokunstgegenstand, versehen mit einem Copyright
- Unterschriftseinfügung von holländischer Banknote (Gulden) auf den ersten Eurokunstgegenständen



Wie das Gericht feststellen kann, findet man das Wort „Banknote“ nicht mehr auf den Kunstgegenständen, die jetzt als sog. „Geld“ im Umlauf sind.

Vor den Kriegen gewährte eine Banknote das Recht auf echtes Geld (Gold).

Später gewährte eine Banknote das Recht auf eine Gegenleistung für eine zuvor erbrachte Leistung, wobei die Banknote die „Quittung“ für die Möglichkeit zur Einforderung dieses Rechtes war, und der Staat (oder das Besatzungskonstrukt) begründete und gewährte das Recht durch einen Annahmewang. Heute gibt es keinen Gewährsgeber mehr, es gibt keinen Annahmewang und auch kein Recht mehr auf eine Gegenleistung unter Verwendung dieser Kunstgegenstände. Das war auch der Grund für den „legalen“ entschädigungslosen Entzug von Guthaben auf den Konten zypriotischer Banken. Dies erlaubt aber auch, ein eigenes Zahlungsmittel oder gar eine eigene Währung herauszugeben.

Zudem:

- Alles Zahlungsmittel (genannt: Euro) kommt allein durch Verschuldung in den Umlauf. Würde man es zurückzahlen, gäbe es kein „Geld“ mehr und damit kein Flußmittel und keine Wirtschaft. Eine Rückzahlung ist somit unmöglich.
- Alles Zahlungsmittel kommt verzinst in Umlauf. Damit soll mehr zurückgezahlt werden als überhaupt als Kredit aufgenommen und in den Umlauf gebracht wurde. Das führt zum Existenzkampf aller „Marktteilnehmer“ und „der Jagd nach dem Zins“. Eine Rückzahlung der Kredite aller beteiligten Marktteilnehmer ist auch deshalb unmöglich.
- Es wird ein illegaler Zins (Zinseszins) auf den Zins erhoben. Das führt zur Notwendigkeit einer im System angelegten zwanghaften exponentiellen Vermehrung des Zahlungsmittels, damit zu wachsender Verschuldung nahezu aller Beteiligten, dem Anstieg des „Steuerbedürfnisses“ der „Staaten“, der Verstärkung der Schere zwischen arm und reich, der immer schneller wachsenden Enteignung und Entbesitzung der „Geldwerte“ der allermeisten Menschen mithilfe der Inflation, dem Wachstumszwang, dem Qualitätsverlust

der Waren, der wachsenden Umweltverschmutzung und Ressourcenausbeutung und schließlich zum zyklischen Zusammenbruch des Zahlungssystems. Die Elite eignet sich so ohne Arbeit und nennenswerte Gegenleistung die von den Menschen geschaffenen Sachwerte an.

- Um das System der Ausbeutung zu tarnen, wird seine Wirkungsweise an den Schulen nicht gelehrt. Außerdem wird auch die Kreditmenge beständig ausgeweitet, was zwar das System weiter erhält, aber durch den Zinseszins muß die Geldmenge immer schneller erweitert werden (Exponentialfunktion), es kommt zu Inflation und im Endstadium zugleich zur Deflation und schließlich zum Crash, dem nahezu vollständigen Verlust der Werte der arbeitenden Bevölkerung. Dies führt zu immer größerer Abhängigkeit der Staaten oder vergleichbarer Konstrukte und aller Menschen, dann auch meist zum Krieg, und nach der Zerstörung der Sachwerte beginnt ein erneuter Zyklus des Systems mit einem „Wirtschaftswunder“.

Wir wollen dies beenden. Wir wollen der Menschheit dauerhaften Frieden ermöglichen. Das ist Unser Begehrt und Auftrag. Es kann kein „öffentliches Interesse“ sein, ein derart zerstörerisches System aufrecht zu erhalten.

Zudem prüfte bereits das Amtsgericht Stendal (Aktenzeichen zu dem Vorgang ist 65 AR 1418/13), ob Wir Bankgeschäfte tätigen würden oder nicht. Dabei erfolgte eine Prüfung, ob Wir die Bezeichnung „Königliche Reichsbank“ verwenden dürften.

Aufgrund der Einstellung des Verfahrens war für Uns klar ersichtlich, daß Wir sowohl den Namen verwenden können, keine Bankgeschäfte tätigen würden und eine Zuständigkeit der BaFin nicht gegeben ist.

Wir liefern hier zum Beweis der Tatsache, daß Wir Uns immer um eine rechtskonforme Lösung bemühen und daß es um die Schaffung eines neuen besseren Geldwesens geht, den erwähnten Vorgang mit einer (Unterlassungs-)Verfügung vom 27.09.2013 (zugestellt am 20.11.2013) in **Anlage 11a** und Unser Antwortschreiben an das Gericht vom 25.11.2013 in **Anlage 11b**.

Aufgrund Unseres Antwortschreibens wurde das Verfahren eingestellt.

Auch damit erschien Uns damals und erscheint Uns auch heute noch hinreichend gesichert, daß Wir keine unerlaubten Bankgeschäfte tätigen würden und Uns rechtskonform verhalten.

Wenn die Antragsgegnerin auf Seite 7 behauptet:

*„a) Bezüglich der formellen Rechtmäßigkeit der Verfügung bestehen keine Bedenken.“*

dann verweisen Wir auf Unser bereits geliefertes 262-seitiges Schreiben und auf die o.g. Prüfung durch das AG Stendal.

Wenn die Antragsgegnerin auf Seite 7 behauptet:

*„b) Auch materiell ist die angegriffene Verfügung nicht zu beanstanden.“*

Dann verweisen Wir zur Vermeidung von Wiederholungen auf Unser Schreiben.

Außerdem schikanierte die BaFin den Antragsteller mit immer wieder neuen Bescheiden und immer kürzeren Fristen (siehe nächste Seiten). Es wurde wohl erwartet, daß auf diese langen Schreiben innerhalb der festgesetzten Fristen zu antworten unmöglich wäre. Die BaFin versuchte offensichtlich mit der Fülle und den Fristen eine „Bestandskraft“ ihrer „Bescheide“ zu erwirken, um ihre daraus folgenden schikanösen Maßnahmen rechtfertigen zu können.

Wir begehren hiermit eine gerichtliche

### **Untersagungs- oder Unterlassungsverfügung**

gegen die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und ihren Präsidenten.

Es soll der Anstalt, ihrem Präsidenten und den Mitarbeitern untersagt werden, alle von Uns vertretenen Prozeßbeteiligten, Uns und Unsere Institutionen weiterhin mit Schreiben oder anderen Maßnahmen zu belästigen. Allein die Fülle der Schreiben, die falschen Behauptungen der BaFin, die von ihr festgelegten Fristen und die rechtsfehlerhaften Antworten auf die Bitten um bankenaufsichtsrechtliche Stellungnahmen zeigen, welcher Natur die Handlungen der Bundesanstalt sind. Wir waren immer bemüht, einen gesetzeskonformen Zustand für Unser Handeln herzustellen. Das allein beweist schon hinreichend, daß Wir die in der Bundesrepublik angewendeten Gesetze achten und auch die bestehende Ordnung anerkennen, denn dieses Anerkenntnis ist der Grund dafür, warum Wir Uns beständig darum bemühen, konform der bestehenden Gesetze zu handeln.

Dabei geht es der BaFin nicht um die Herstellung eines gesetzeskonformen Zustandes, sondern eher um die Unterdrückung der legalen Tätigkeiten der Rechtsschutzbegehrenden.

Exemplarisch für die zahlreichen schikanösen Maßnahmen der BaFin liefern Wir Ihnen hiermit zudem zahlreiche der immer ähnlich lautenden Bescheide(nwürfe) und die immer sehr hohen Kosten „bescheide“ dazu. Es ging der BaFin offensichtlich nicht um die Herstellung eines rechtskonformen Zustandes, sondern es ging wohl eher darum, Uns viel Arbeit und erhebliche Kosten zu produzieren, denn jeder dieser sog. „Bescheide“ verursacht einen fünfstelligen Betrag an Kosten.

Obwohl die Antragsgegnerin genau weiß, daß hier keine unerlaubten Bank- oder Versicherungsgeschäfte getätigt werden und ihre Behauptungen einer angeblichen „Überraschung“ keine Substanz haben, belästigt Sie Uns immer wieder mit immer neuen Behauptungen und sog. „Bescheiden“. Zu Beginn der Einwendungen nahmen Wir Ihre erhobenen Behauptungen sehr ernst, auch wenn sie uns grundlos vorkamen. Wir berücksichtigten dann die vorgebrachten Einwände und verbesserten die Ausgestaltung, um die Eventualität einer „Überraschung“ gänzlich zu verhindern.

Nach einer Weile bemerkten wir jedoch, daß es nicht um die Herstellung eines rechtskonformen Zustandes, sondern lediglich um Verhinderung und Kostenerzeugung ging.

Die BaFin verlor für Uns so das Ansehen einer rechtskonform handelnden Bundesinstitution.

Zum Beweis für die schikanösen Maßnahmen der BaFin sollen **exemplarisch (es gibt noch mehr)** die folgenden Schreiben der BaFin angeführt werden.

## Anlage 12:

- a) Schreiben an Peter Fitzek vom 03.08.2011 auf Seite 1  
Frist: 1 Woche ab Datum des Schreibens
- b) Schreiben bzgl. „NeuDeutsche Gesundheitskasse“ vom 24.06.2013 auf Seite 4  
Frist: 1 Woche ab Datum des Schreibens
- c) Schreiben bzgl. „NeuDeutsche Gesundheitskasse“ vom 25.10.2013 auf Seite 3  
Frist: 1 Woche nach Zustellung der Verfügung  
Zwangsgeld: 1.050.058,03 Euro (!)
- d) Mahnung an Peter Fitzek „Königliche Reichsbank“ vom 06.09.2013 auf Seite 1  
Frist: unverzüglich  
Gebühr: 10.050,26 Euro
- e) Mahnung an Peter Fitzek bzgl. NDGK vom 30.01.2014 auf Seite 1  
Frist: unverzüglich  
Gebühr: 10.648,47 Euro
- f) Mahnung an Martin Schulz bzgl. NDGK vom 30.01.2014 auf Seite 1  
Frist: unverzüglich  
Gebühr: 10.050,26 Euro
- g) Mahnung an Martin Schulz bzgl. NDGK vom 20.03.2014 auf Seite 1  
Frist: unverzüglich  
Gebühr: 10.350,26 Euro
- h) Mahnung an Peter Fitzek „Kooperationskasse“ vom 23.05.2014 auf Seite 1  
Frist: unverzüglich  
Gebühr: 10.250,26 Euro
- i) Schreiben bzgl. „NeuDeutsche Gesundheitskasse“ vom 09.04.2014 auf Seite 3  
Frist: 1 Woche ab Datum des Schreibens  
Abwicklungskosten: 8.179,11 Euro
- j) Schreiben bzgl. „Kooperationskasse“ vom 02.06.2014 auf den Seiten 2 und 3  
Frist: 1 Woche ab Zustellung des Bescheides per Telefax  
Gebühr: 10.000 Euro innerhalb 1 Monat
- k) Schreiben bzgl. „Kooperationskasse“ vom 13.06.2014 auf den Seiten 1 und 2  
Frist: 1 Woche ab Zustellung des Bescheides per Telefax  
Zwangsgeld: 200.000 Euro
- l) Schreiben bzgl. „Königliche Reichsbank“ vom 30.06.2014 auf den Seiten 1 und 2  
Frist: **24 Stunden ab Bekanntgabe des Bescheides per Telefax**  
Gebühr: 5.000 Euro innerhalb 1 Monat
- m) Schreiben bzgl. „Königliche Reichsbank“ vom 22.10.2014 auf Seite 2  
Frist: 1 Woche ab Bekanntgabe des Bescheides  
Zwangsgeld: 150.000 Euro

Die Frau Elke König, als damalige Präsidentin der BaFin, hatte dazu weder ein Recht noch einen Anlaß. Hat sie doch im Jahre 2011 selbst schriftlich erklärt, daß die Kooperationskasse weder das Einlagengeschäft, noch das Kreditgeschäft betreiben würde.

**Beweis:** Schreiben der BaFin vom 08.07.2011 und 16.11.2011 (s. **Anlage 13a-b**)

Zudem erklärte Sie, daß auch die NDGK nicht das Versicherungsgeschäft betreiben würde.

**Beweis:** Schreiben der BaFin vom 09.02.2011 (s. **Anlage 14**)

Auch der Abwickler erklärte gegenüber der BaFin, daß ihm keine unerlaubten erlaubnispflichtigen typischen Versicherungsverträge vorliegen würden und er auch keine anderweitigen Kenntnisse über das Betreiben des erlaubnispflichtigen Versicherungsgeschäftes hätte. Den Abschlußbericht des Dr. Stefan Oppermann lieferten Wir bereits in Unserem letzten 262-seitigem Schreiben.

Die Ausgestaltung der Verträge änderte sich nicht, weder bei der Kooperationskasse, noch bei der NeuDeutschen Gesundheitskasse.

Es wurde bei den Antragstellern davon ausgegangen, daß diese Auskünfte korrekt seien und sie sich auf die Rechtskonformität ihrer Taten zur bestehenden, von Uns und den Beteiligten anerkannten, angewendeten Ordnung verlassen konnten.

Wenn die BaFin behauptet:

*„aa) Zweifel an der Anwendbarkeit der Vorschriften des VAG bestehen nicht. Die von der Antragstellerin behauptete Fremdstaatlichkeit des Königreiches Deutschland besteht mangels effektiver Sezession von der Bundesrepublik Deutschland nicht; Wunschdenken allein schafft noch keinen neuen Staat und lässt auch nicht eine bestehende staatliche Ordnung stürzen (vgl. Nettesheim, MDR v. 18.12.2013, vorgelegt als Anlage Ag 4.“*

dann irrt der Präsident der BaFin hier.

Die BaFin führt als „Gegenbeweis“ zu der Tatsache, daß das Königreich Deutschland ein souveräner Staat ist, ein Interview eines Prof. Dr. Nettesheim an, der dieses dem MDR-Fernsehen lieferte. Wir wollen hier im Einzelnen auf die Aussagen eingehen, auch wenn Wir es als Beweis oder Argumentationshilfe für die (abwegigen) Behauptungen der BaFin nicht für geeignet oder schlüssig halten.

*Exakt - Die Story | MDR FERNSEHEN | 18.12.2013 | 20:45 Uhr  
Interview mit Prof. Dr. Martin Nettesheim, Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht, Europarecht und Völkerrecht an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen.*

### ***Kann man denn einfach so einen eigenen Staat gründen?***

*Auf "terra nullius", also einem keinem Staat gehörenden Gebiet, wäre eine Staatsgründung ohne weitere Voraussetzungen möglich. Allerdings gibt es derartiges Gebiet nicht mehr.*

Diese Aussage ist nicht richtig. Siehe Liberland.

-> <https://liberland.org/en/about/>

*Die Antarktis ist völkerrechtlich für nicht besetzbar erklärt worden und kann daher nicht zur Grundlage eines Staats gemacht werden. Eine Staatsgründung ist damit heute nur noch durch Abspaltung (Sezession) oder durch Zerfall eines bestehenden Staats in neue Staaten (Dismembration) möglich.*

Das ist korrekt. Es fand eine friedliche Sezession entsprechend dem Völkerrecht statt. Wir liefern hier zur Arbeitserleichterung für das Gericht Auszüge der SWP-Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik vom Deutschen Institut für internationale Politik und Sicherheit, erstellt von Dr. Christian Schaller vom Dezember 2009, Berlin, und raten an, diese und die Hinweise darin zu beachten (Die gesamte Studie finden Sie in der **Anlage 15**).

Hervorhebungen durch Fettschrift stammen vom Zitierer. Die Quellverweise innerhalb der Studie selbst werden hier nicht wiedergegeben.

## **Sezessionen als Herausforderung für die internationale Politik und das Völkerrecht**

"Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts galten Sezessionen als legitimer Weg zur Gründung neuer Staaten."

### **Ein völkerrechtlicher Blick auf die Entstehung und Existenz von Staaten**

"Deshalb wird heute davon ausgegangen, dass die Entstehung eines Staates grundsätzlich nach anderen Kriterien zu beurteilen ist und dass die Anerkennung lediglich eine formale Bestätigung seiner tatsächlichen Existenz darstellt (deklaratorische Theorie). **Dieser Position folgte auch die 1991 von der Europäischen Gemeinschaft eingesetzte Schiedskommission unter dem Vorsitz von Robert Badinter**, die sich mit völkerrechtlichen Fragen zum Zerfall Jugoslawiens auseinanderzusetzen hatte."

**"Grundsätzlich werden die Entstehung und der Untergang von Staaten auch heute noch als faktische Vorgänge angesehen."**

**"Nach der auf Georg Jellinek zurückgehenden Drei-Elemente-Lehre existiert ein Staat, wenn sich ein Staatsvolk auf einem Staatsgebiet unter einer Staatsgewalt organisiert. Diesen Ansatz spiegelt Artikel 1 der Montevideo-Konvention über die Rechte und Pflichten der Staaten von 1933 wider."**

"Die größte Bedeutung unter den genannten Kriterien kommt dem Element effektiver Staatsgewalt zu. Sie beinhaltet zum einen die Fähigkeit, auf dem Staatsgebiet eine Ordnung zu organisieren und durchzusetzen. Zum anderen impliziert sie die Fähigkeit zu unabhängigem Handeln im Außenverhältnis."

"Hier wird grundsätzlich danach differenziert, ob das betreffende Gebilde förmlich in die Unabhängigkeit entlassen wurde oder ob es sich um eine Sezession gegen den Willen des Mutterstaates handelt. Sofern nämlich die Staatsgründung völkerrechtlich verbrieft Rechte anderer Staaten tangieren würde, werden insbesondere an die tatsächliche Effektivität und Stabilität der neuen Staatsgewalt hohe Anforderungen gestellt. Folglich muss ein sich einseitig für unabhängig erklärender Herrschaftsverband in der Regel erheblich größere Anstrengungen unternehmen, um andere Staaten davon zu überzeugen, dass er sich vom Einfluss des Mutterstaates befreit hat und nunmehr selbst die Kontrolle über das betreffende Territorium ausübt."

**"Andererseits zeigt die jüngere Praxis nach dem Zerfall Jugoslawiens, dass die Staaten**

durchaus bereit waren, mit Kroatien und Bosnien-Herzegowina Anfang der neunziger Jahre und dem Kosovo 2008 auch solche Gebilde als Staaten anzuerkennen, die sich gegen den Willen der Zentralregierung vom Mutterstaat abgespalten hatten und denen zu diesem Zeitpunkt kaum eine eigene effektive Herrschaftsgewalt attestiert werden konnte."

"Die Unabhängigkeit der Staaten genießt im Völkerrecht einen besonderen Schutz. So ist jeder Staat etwa **durch Artikel 2 Ziffer 4 VN-Charta vor der Androhung oder Anwendung von Gewalt geschützt**, die sich gegen seine territoriale Unversehrtheit oder politische Unabhängigkeit richtet. **Wegen des Gewaltverbots ist es den Staaten zum Beispiel verwehrt, fremdes Staatsgebiet durch Annexion, das heißt durch zwangsweise Inbesitznahme, völkerrechtlich wirksam zu erwerben.**"

"Im Übrigen wird zwischen formaler und tatsächlicher Unabhängigkeit unterschieden. Formale Unabhängigkeit zeigt sich vor allem darin, dass die Staatsgewalt ausschließlich den Organen des Staates übertragen ist, beispielsweise durch Verfassung oder Gesetz."

"Im Falle einer Sezession reicht es jedoch nicht aus, dass ein territoriales Gebilde, das sich von einem bestehenden Staat zu lösen versucht, seine Unabhängigkeit formal erklärt. Um die Rolle eines Staates einnehmen zu können, muss es auch tatsächlich unabhängig sein. Ungeklärt ist indes, ob dies allein das Verhältnis zum Mutterstaat betrifft."

### **Selbstbestimmung und Sezession**

"So existiert im Völkerrecht zum Beispiel keine verbindliche Definition des Volkes."

"Vielmehr ist es grundsätzlich Sache jedes einzelnen Staates, zu entscheiden, unter welchen Bedingungen er seiner Bevölkerung gegebenenfalls Sezessionsrechte einräumt. Dies bedeutet einerseits, dass das Völkerrecht solche Vorgänge nicht verbietet – es sei denn, die Abspaltung geht mit einer Verletzung des Gewaltverbots oder anderer fundamentaler völkerrechtlicher Prinzipien einher. Auch in den Fällen, in denen der VN-Sicherheitsrat aktiv geworden ist, um einseitige Unabhängigkeitserklärungen für unwirksam zu erklären, stand dahinter nicht das Motiv, secessionistische Bestrebungen generell zu verurteilen. Ziel war vielmehr, konkrete Bedrohungen des Friedens abzuwenden.

**Andererseits hat sich im Völkerrecht bis heute kein Recht auf Sezession herausgebildet. Einzig zur Befreiung von Kolonialherrschaft, fremder Besatzung oder einem rassistischen Regime sollen Völker ein solches Recht in Anspruch nehmen können."**

"In Gang kam diese Debatte vor allem mit der Ausprägung des Selbstbestimmungsrechts durch die **»Friendly Relations Declaration« der VN-Generalversammlung. Die Erklärung zeigt unter anderem Wege auf, wie das Selbstbestimmungsrecht verwirklicht werden kann, etwa durch die Gründung eines souveränen und unabhängigen Staates,...**"

"Allerdings findet sich in der Erklärung auch eine Klausel, die die territoriale Integrität der Staaten betont."

**"Aus der zitierten Formulierung wird abgeleitet, dass in den Fällen, in denen ein Staat die genannten Voraussetzungen nicht erfüllt, der Bevölkerung das Recht zustehe, durch einen Akt der Sezession gewissermaßen selbst Abhilfe zu schaffen. Damit käme dem Recht auf Sezession gleichsam die Funktion eines Notrechts zu (remedial secession).** Unter den Befürwortern dieser These scheint Einigkeit zu bestehen, dass **zumindest zwei Bedingungen erfüllt sein müssen**, damit ein solches Recht geltend gemacht werden kann. **Erstens** müsse die betreffende Gruppe, die als Rechtsinhaber in Betracht komme, in besonders schwerwiegender Weise und über einen längeren Zeitraum hinweg **an der Ausübung ihres inneren Selbstbestimmungsrechts gehindert worden sein. Ihr müsse praktisch jede Möglichkeit fehlen, sich an Entscheidungen über Angelegenheiten zu beteiligen, die sie unmittelbar betreffen.**"

**"Zweitens müssten alle anderen Mittel zur Beilegung des Konflikts ausgeschöpft sein oder dürften keine Aussicht auf Erfolg haben.** Nur dann könne sich das Selbstbestimmungsrecht zu einem Anspruch auf Eigenstaatlichkeit verdichten (last resort, ultima ratio)."

"Teilweise werden in der Literatur sogar Parallelen zu den Kriterien für humanitäre Interventionen gezogen, wobei allerdings die betroffene Bevölkerung für ihre Handlungen einen wesentlich höheren Grad an Legitimität in Anspruch nehmen könne als externe Akteure, die in solchen Situationen intervenieren."

"Eine Konservierung des Sezessionsrechts auf unbestimmte Dauer würde seinem Charakter als Notrecht zuwiderlaufen."

"Interessanterweise beriefen sich jedoch weder die Versammlung des Kosovo noch die internationalen Befürworter der Unabhängigkeit im Februar 2008 ausdrücklich auf ein Recht zur Sezession. Fragen nach der Rechtmäßigkeit der Abspaltung blendete man systematisch aus."

"Dennoch ist nicht auszuschließen, dass in vielen Regionen der Erde separatistische Bewegungen, die ein Notrecht zur Sezession postulieren, nun auch auf die Entwicklung im Balkan blicken."

"Plausible Argumente sprechen dafür, dass ein Volk die Möglichkeit haben muss, sich mittels Sezession aus einer Lage zu befreien, in der es durch schwere Diskriminierung und andere Menschenrechtsverletzungen an der Ausübung des inneren Selbstbestimmungsrechts gehindert wird. In diesem Sinne äußerte sich 1998 auch der Oberste Gerichtshof Kanadas, als er anlässlich der Prüfung einer möglichen Unabhängigkeit Quebecs einige grundsätzliche Ausführungen zur Frage der Existenz eines Sezessionsrechts machte."

"Somit kann kaum davon ausgegangen werden, dass sich im Völkergewohnheitsrecht für die oben diskutierten Fälle ein gesicherter Anspruch auf Sezession herausgebildet hat."

## **Völkerrechtliche Anerkennung als Staat**

"Denn selbst im Falle einer Anerkennung besteht nicht automatisch die Pflicht,

diplomatischen Verkehr mit dem neuen Staat zu unterhalten. Die Anerkennung eines Staates ist streng von der Anerkennung einer Regierung zu trennen."

"Obwohl die Anerkennung völkerrechtlich keine Voraussetzung für den Erwerb von Staatsqualität darstellt,..."

"Eine breite Anerkennung kann jedoch dazu beitragen, dass ein Gebilde trotz zweifelhafter Staatsqualität in die Staatengemeinschaft integriert wird."

"Mit der Anerkennung entscheidet die Staatengemeinschaft allerdings nicht nur über die Zukunft des nach Unabhängigkeit strebenden Territoriums und seiner Bevölkerung, sondern indirekt auch über die Belange des Mutterstaates."

"Der Akt der Anerkennung wird nur dann als völkerrechtsgemäß betrachtet, wenn das betreffende Gebilde tatsächlich alle Voraussetzungen eines Staates erfüllt. Andernfalls handelt es sich um eine völkerrechtswidrige Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Mutterstaates."

"Letztlich steht es jedem Staat frei, in eigener Verantwortung darüber zu entscheiden, ob er aufgrund seiner Einschätzung der Faktenlage das betreffende Subjekt als Staat anerkennt und in welchem Umfang er Beziehungen mit ihm eingeht."

"Insbesondere das Effektivitätserfordernis ist aus Gründen der Stabilität der internationalen Ordnung nach wie vor von überragender Bedeutung."

### **Ius-cogens-Verletzungen als Ausschlusskriterien für eine Anerkennung**

"Sofern nämlich eine Sezession mit einer schwerwiegenden Verletzung zwingenden Völkerrechts – des ius cogens – einhergeht, sind die Staaten verpflichtet, jegliche Akte zu unterlassen, die dazu beitragen würden, dass sich der Rechtsverstoß in einer Staatsgründung fortsetzt."

"Den Rang von ius cogens haben vor allem das Gewaltverbot, das Verbot von Völkermord, Sklaverei und Folter sowie das Gebot der Achtung elementarer Menschenrechte und der fundamentalen Prinzipien des humanitären Völkerrechts."

"Fraglich ist allerdings, in welchen Konstellationen das Gewaltverbot im Rahmen eines Sezessionskonflikts überhaupt anwendbar ist, da unter dieses Verbot nur die Anwendung von Gewalt durch einen Staat gegen einen anderen Staat fällt. Das Gewaltverbot greift daher nicht, solange der Konflikt rein intern zwischen Regierung und Separatisten geführt wird. In diesen Situationen ist zwar das humanitäre Völkerrecht anwendbar, und auch der VN-Sicherheitsrat kann auf der Basis von Kapitel VII der Charta einschreiten, sofern er eine Friedensbedrohung feststellt. Das Gewaltverbot untersagt jedoch solche innerstaatlichen Auseinandersetzungen nicht."

"...und die Separatisten müssen das betreffende Territorium effektiv unter ihre Kontrolle gebracht und ein stabilisiertes De-facto-Regime errichtet haben. Denn auch solche nicht

anerkannten De-facto-Regime sind nach Völkergewohnheitsrecht an das Gewaltverbot gebunden und dadurch geschützt."

"Gleichwohl lässt sich kaum plausibel argumentieren, dass ein Gebilde als Staat anerkannt werden darf, wenn durch die Sezession das Selbstbestimmungsrecht des betroffenen Volkes in schwerwiegender Weise verletzt wird."

"Bei Ius-cogens-Verletzungen besteht nach Völkergewohnheitsrecht eine Verpflichtung aller Staaten zur kollektiven Nichtanerkennung."

"Gemäß Absatz 2 darf kein Staat einen Zustand als rechtmäßig anerkennen, der durch eine solche Verletzung herbeigeführt wurde. Außerdem dürfen die Staaten keine Beihilfe oder Unterstützung zur Aufrechterhaltung dieses Zustands leisten."

"Der Begriff des De-facto-Regimes knüpft allein an die effektive Beherrschung eines Territoriums durch ein Gemeinwesen an, das sich als unabhängig bezeichnet, aber nicht allgemein als Staat anerkannt ist."

### **Die Anerkennung als Hebel zur Durchsetzung normativer Standards unterhalb der Ius-cogens-Schwelle**

"In jenen Fällen, in denen eine Sezession nicht mit schwerwiegenden Verletzungen zwingenden Völkerrechts einhergeht, liegt es nach wie vor im Ermessen jedes einzelnen Staates, ob er eine Anerkennung ausspricht, ob er diese unter bestimmten Bedingungen in Aussicht stellt oder ob er dem betreffenden Subjekt die Anerkennung verweigert."

**"Am 16. Dezember 1991 verabschiedeten die EG-Außenminister Leitlinien für die Anerkennung neuer Staaten in Osteuropa und auf dem Gebiet der Sowjetunion.** Darin bekundeten die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten ihre Bereitschaft, »in Übereinstimmung mit den Gepflogenheiten internationaler Praxis und den politischen Realitäten jedes Falles **diejenigen neuen Staaten anzuerkennen, die sich als Folge der historischen Veränderungen in der Region auf einer demokratischen Grundlage konstituiert, die angemessenen internationalen Verpflichtungen übernommen und sich nach Treu und Glauben zu einer friedlichen Vorgehensweise und zu einem Verhandlungsprozess verpflichtet haben**«."

"Im Übrigen werde keine Entität anerkannt, die aus einem Akt der Aggression hervorgegangen sei."

"Dabei hatte die Badinter-Kommission zu prüfen, ob die Bewerber die aufgelisteten Standards erfüllen."

"Weder das traditionelle Kriterium der Effektivität noch die neu formulierten Standards wurden konsequent angewandt, obwohl mit den Gutachten der Badinter-Kommission eindeutige juristische Einschätzungen zu den einzelnen Fällen vorlagen."

"Grundsätzlich sollte ein neuer Staat, der aus einer Sezession hervorgegangen ist, nur dann

internationale Anerkennung finden, wenn eine deutliche Mehrheit der betroffenen Bevölkerung für die Unabhängigkeit votiert hat. Idealerweise sollte der Volkswille durch ein Referendum oder in ähnlicher Form ermittelt und dokumentiert worden sein. Dies bedeutet nicht, dass ein erfolgreiches Referendum einen rechtlichen Anspruch auf Sezession begründen würde – **es sei denn, dass dies in der Verfassung des betroffenen Staates ausdrücklich vorgesehen ist. In jedem Fall trägt ein solcher Prozess jedoch erheblich dazu bei, dass dem Streben nach Unabhängigkeit größere Legitimität beigemessen werden kann.** Diese Erwägung kam beispielsweise auch in der Erklärung der USA zur Anerkennung der ehemaligen jugoslawischen Republiken zum Ausdruck. **Hinzu kommt, dass die in einem Referendum ermittelte breite Zustimmung zu einer Sezession und Staatsgründung immerhin als Indiz dafür gewertet werden kann, dass das betreffende Gebilde tatsächlich in der Lage ist, nach der Abspaltung die Voraussetzungen eines Staates zu erfüllen.** Zum einen erstreckt sich ein solches Plebiszit in der Regel auf ein klar definiertes Territorium und die dort lebende Bevölkerung. Zum anderen wird durch das Referendum eine gewisse politische Einigkeit dokumentiert, die erforderlich ist, damit der neue Staat zumindest nach innen effektiv und stabil regiert werden kann."

"Dennoch ist nach wie vor umstritten, ob und in welchem Umfang demokratische Prinzipien bereits im Völkerrecht verankert sind. Bislang trifft das Völkerrecht jedenfalls keine konkreten Aussagen darüber, wie innere Mitbestimmung zu organisieren ist. Gegenüber den unterschiedlichen Staatsformen und den Ideologien, die ihnen zugrunde liegen, nimmt es traditionell eine neutrale Haltung ein. **Dementsprechend lassen sich vor allem aus der Zeit der Dekolonisierung unzählige Fälle anführen, in denen neue Staaten anerkannt und in die Vereinten Nationen aufgenommen wurden, ohne dass es sich dabei um Demokratien gehandelt hätte.**"

"Der Umstand, dass ein Staat keine demokratische Staatsform hat und nicht dem Vorstellungsbild einer westlichen Demokratie entspricht, reicht daher für sich allein als Argument kaum aus, um ihm die Anerkennung zu verweigern. **Vielmehr sollte darauf geachtet werden, ob sich der betreffende Staat der Herrschaft des Rechts (rule of law) unterordnet oder ob es dort zu Menschenrechtsverletzungen kommt.**"

"In unmittelbarem Zusammenhang mit dem Menschenrechtsschutz steht die Forderung nach einer Herrschaft des Rechts. Dabei handelt es sich um einen vergleichsweise jungen Ansatz, der in den letzten Jahren innerhalb der Vereinten Nationen erheblich an Popularität gewonnen hat. Unter dem Begriff »rule of law« werden vor allem bestimmte Zielvorgaben für die Entwicklung von Staatlichkeit zusammengefasst."

**"Bei der Herrschaft des Rechts handle es sich um ein Prinzip der Regierungsführung nach dem der Staat und alle öffentlichen Institutionen ebenso wie alle privaten Personen an Gesetze gebunden seien, die öffentlich verkündet und nach Gleichheitsgrundsätzen vollzogen würden sowie einer unabhängigen Rechtsprechung unterlägen."**

**"...Gleichheit vor dem Recht, Verantwortlichkeit gegenüber dem Recht, Fairness bei der Anwendung des Rechts, Gewaltenteilung, Teilhabe an Entscheidungsprozessen, Rechtssicherheit, Willkürverbot und Verfahrenstransparenz."**

"Die pauschale Forderung nach einer Herrschaft des Rechts dürfte derzeit allerdings noch zu vage sein, um als verlässliches Kriterium für die Anerkennung neuer Staaten dienen zu können."

"So lässt sich nicht ausschließen, dass durch eine Sezession weitere Abspaltungsprozesse angestoßen werden, die nicht nur zu einer Zersplitterung des sich für unabhängig erklärenden Territoriums, sondern unter bestimmten Gegenbenheiten sogar zum Zerfall des Mutterstaates und zur Destabilisierung ganzer Regionen führen können."

**"Seitdem wird auch bei Sezessionen grundsätzlich davon ausgegangen, dass neue Staaten nur innerhalb bereits existierender Verwaltungsgrenzen entstehen können."**

**"Dadurch sollen möglichst rasch klare und stabile Verhältnisse geschaffen werden. Auf diese Grenzen kann sich der neue Staat von nun an berufen, um Eingriffe in seine territoriale Integrität abzuwenden."**

Die starre Anwendung des Uti-possidetis-Prinzips stößt jedoch zunehmend auf Kritik, da es in der Regel keine Rücksicht auf ethnische und geographische Faktoren nimmt. Insbesondere das Beispiel Bosnien zeige, so wird argumentiert, welche gravierende Probleme eine solche Vorgehensweise aufwerfen könne."

"Allerdings sollte sich der Blick dabei auf einige grundlegende Aspekte konzentrieren - **vor allem darauf, dass die Sezession mehrheitlich vom Willen des betroffenen Volkes getragen wird, dass der neue Staat seine Bereitschaft demonstriert, sich für den Schutz der Menschenrechte einzusetzen, und dass Frieden und Stabilität in der Region durch die Sezession nicht zusätzlich gefährdet werden.**"

All dies wurde beachtet. Das Königreich Deutschland ist ein friedlicher Staat. Es hat alle Völkerrechtsverletzungen bisher ohne eigene Gewaltausübung hingenommen. Es herrscht die Pflicht zum Frieden, das bringt schon die Präambel der Verfassung zum Ausdruck. Alles im Königreich Deutschland geschieht aus Freiwilligkeit. Es gibt kein stehendes Heer, keine offen auftretenden Polizeikräfte, das Recht auf Arbeit, Gesundheit, gesunde Lebensmittel und viel Wünschenswertes mehr. Es gibt auch eine sehr effektive und effiziente Ausübung der Staatsgewalt. Gewaltanwendung ist dabei nicht oder nur äußerst selten erforderlich.

Diese findet ihre Grundlage in der Verfassung, im gewählten Staatsoberhaupt und in der Summe der Vollbürger.

- Es werden eigene Gesetze erlassen und von den Staatsangehörigen befolgt.
- Es werden Staatsangehörige oder Staatszugehörige, welche die Ordnung nicht achten, mithilfe der eigenen Gerichtsbarkeit zur gerechten Verantwortung für ihre Taten gezogen.
- Alle Entscheidungen der Gerichte des Königreiches Deutschland werden von der Gemeinschaft getragen und durchgesetzt. Jeder unterstellt sich (sogar freiwillig) der Ordnung, dem Staatsoberhaupt, seiner Rechtsprechung oder der seiner Bevollmächtigten und den Maßnahmen der Exekutive des Königreiches Deutschland.

Wir liefern hier als Beweis beispielhaft die letzte Entscheidung des Gemeinschaftsschutzgerichtes (welches vergleichbar einem Strafgerichtsprozeß in der Bundesrepublik wäre) des Königreiches Deutschland und alle Schreiben, die damit in Zusammenhang stehen.



SACHSEN-ANHALT

POLIZEIDIREKTION  
SACHSEN-ANHALT OST  
Zentraler Kriminaldienst

Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Ost • Postfach 1607 • D-06814 Dessau

Herrn  
Ralf Kroll  
Heuweg 16

06886 Lutherstadt Wittenberg

**Anhörung zur Anordnung  
der erkennungsdienstlichen Behandlung**

25.02.2015

Sehr geehrter Herr Kroll

die Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Ost beabsichtigt zu Ihrer erkennungsdienstlichen Behandlung folgende Maßnahmen anzuordnen:

- ☒ Anfertigung von Lichtbildern
- ☒ Abnahme von Fingerabdrücken (einschließlich Handflächen und -kanten)
- ☒ Messung von Gewicht, Körpergröße und Schuhgröße
- ☒ Personenbeschreibung
- ☐ Handschriftprobe ☐ Geruchskonserven ☐ Sprachaufzeichnung

Mein Zeichen:

bearbeitet von  
Herrn Haseloff

Telefon (0340/6000-324)  
Telefax (0340/6000-320)

marco.haseloff@  
polizei.sachsen-anhalt.de

**Begründung:** Sie werden beschuldigt,

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Rechtsgrundlagen für die erkennungsdienstliche Behandlung ist § 81b (2. Alternative) der Strafprozeßordnung (StPO). Demnach dürfen Lichtbilder und Fingerabdrücke des Beschuldigten auch gegen seinen Willen aufgenommen und Messungen und ähnliche Maßnahmen an ihm vorgenommen werden. Die zu erstellenden erkennungsdienstlichen Unterlagen sind zur Förderung der dann zu führenden Ermittlungen geeignet. Die erkennungsdienstliche Behandlung ist das mildeste und im Übrigen auch ein angemessenes Mittel, um den Zweck zielgerichteter Aufklärung zukünftiger Straftaten zu fördern. Dies gilt übrigens auch zu Ihren Gunsten, nämlich um Sie gegebenenfalls sicher aus dem Kreis potentieller Täter ausschließen zu können.

Sie erhalten hiermit die Möglichkeit sich freiwillig zur Durchführung der erkennungsdienstlichen Maßnahme **am 18.03.2015, 09:00 Uhr in der Polizeidienststelle Polizeirevier Wittenberg, Bürgermeisterstraße 9, 06886 Lutherstadt Wittenberg, Zimmer Nr. 9-11** einzufinden. Sollte Ihrerseits eine Terminänderung gewünscht werden, wenden Sie sich bitte an den Unterzeichner unter Telefonnummer 0340/6000-324 bzw. an Frau Scherr (Tel. 03491/469-315) od. Frau Schulz (Tel. 03491/469-318).

Sofern Sie diese Möglichkeit nicht wahrnehmen, haben Sie die Gelegenheit, sich innerhalb von 14 Tagen zur geplanten Maßnahme zu äußern. Sollten Sie keine entlastenden Argumente vorbringen, werde ich nach derzeitiger Aktenlage die erkennungsdienstliche Behandlung anordnen und ggf. auch zwangsweise durchsetzen. Für dieses Verfahren entstehen Kosten, welche Sie zu tragen haben.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Haseloff, KK

  
*Königreich Deutschland*  
Petersplatz 1 – 06886 Zu Luth. Wittenberg - KR D  
Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Ost  
Postfach 1607  
D-06814 Dessau  
Vorab per Fax: 03406000 320

## Der Oberste Souverän

**Peter,**

Menschensohn des Horst und der Erika Fitzek  
Petersplatz 1  
Imperator Fiduziar  
Königreich Deutschland  
06886 Zu Luth. Wittenberg

Postanschrift für Ihre Schreiben:  
Königreich Deutschland  
**Am Bahnhof 4**  
**06889 Luth. Wittenberg**  
Lutherstadt Wittenberg, 27.03.15

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie sandten an den Heuweg 16 ein Anhörungsschreiben, datiert auf den 25.02.2015, bestimmt für Herrn Ralf Kroll. Dieses Schreiben ist Uns erst am 21.03.2015 zur Kenntnis gekommen.

Hierzu führen Wir folgendes aus:

Durch die (illegale) Durchsuchungsaktion am 26. und 27.11.2014 im Auftrage der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht kam etwas zu Tage, aufgrund dessen Herr Ralf Kroll einer Straftat verdächtigt wird. Da er dies als Staatszugehöriger auf dem Gelände Heuweg 16 beging, ist, gemäß Artikel 44 Abs. 5 der Verfassungsordnung des Königreiches Deutschland, innerhalb eines halben Jahres ein Verfahren zu führen und dieses abzuschließen.

Aufgrund dessen sind hier eigene Ermittlungen begonnen worden und es fand bereits eine öffentliche, etwa 2-stündige, Anhörung des Angeschuldigten vor dem obersten Richter des Königreiches Deutschland statt. Bei dieser ließ sich der Angeschuldigte ein und gab bereitwillig Auskunft über den Umfang und die Art der Dokumente/Unterlagen/Schriftstücke und Taten, die strafrechtliche Relevanz besitzen könnten oder eine eventuelle Strafbarkeit belegen könnten.

Gemäß Artikel 50 der Verfassung des Staates Königreich Deutschland darf kein Deutscher des Königreiches Deutschland ins Ausland oder an eine andere nicht innerstaatliche Stelle gleich welcher Art ausgeliefert werden.

Gemäß Artikel 50 Absatz 2 der Verfassung des Königreiches Deutschland hat jeder Deutsche das Recht, vor ein innerstaatliches deutsches Gericht gestellt werden, daß der Verfassungsordnung des Königreiches Deutschland untersteht.

Bei der Anhörung erhielt der Angeschuldigte deshalb die Wahl, vor welchem Gericht er sich verantworten wolle. Es wurde darauf hingewiesen, wie sich die Unterschiede der Rechtsordnungen der Bundesrepublik in Deutschland und die des Königreiches Deutschland auf die Strafzumessung, die Dauer des Verfahrens und die Unterschiedlichkeit der Rehabilitation auf den Angeschuldigten auswirken würden.

Es wurde dem Angeschuldigten weiterhin die Wahl gelassen, ob er durch die Lösung des Eides gemäß Eidlösungsgesetz vom 24.03.2014 (s. Reichsgesetzblatt) und die in der Probezeit mögliche Beendigung der Zugehörigkeit zum Königreich Deutschland die vorrangige Ordnung des Königreiches Deutschland verlassen wolle um erneut in die nachrangige Rechtsordnung der Bundesrepublik in Deutschland zu wechseln.

Der Angeschuldigte verneinte dies.

In der Anhörung wurden dem Angeschuldigten durch die Einlassung und die dadurch entstandenen Erkenntnisse vom Richter sofortige Auflagen erteilt, die zum Inhalt haben, daß er die Gelände in Wittenberg zu verlassen habe und bei einem anderen Staatsangehörigen unbezahlte gemeinwohlorientierte und andere Tätigkeiten bis zum Prozeßtag zu leisten habe. Zudem wurde im Einvernehmen vereinbart, ein öffentliches Strafverfahren im April durchzuführen und abzuschließen. Der genaue Termin dazu würde einvernehmlich noch bestimmt werden. Der Angeschuldigte akzeptierte die Auflagen und sicherte zu, sich dem Verfahren nicht zu entziehen. Er wurde darüber belehrt, daß er im Falle des Versuches des Entzuges vom Verfahren gesucht, ergriffen und vorgeführt werden würde. Der Angeschuldigte verstand die Belehrung und akzeptierte die Auflagen.

Aufgrund dessen hat das Gerichtsverfahren vor einem deutschen Staatsgericht des Königreiches Deutschland stattzufinden.

Sollten Sie Uns Ihre eigenen Ermittlungen und aufgefundenen und beschlagnahmten Beweise im Original liefern wollen, empfehlen Wir Ihnen die Aufnahme von Assoziationsverhandlungen. Stimmen Sie sich dabei mit den für Sie zuständigen Ministerien ab.

Durch die schon erfolgte Einlassung und die Prüfung der Korrektheit der Aussagen ist der Umfang der eventuellen Straftaten schon ermittelt worden.

Im Verfahren im April ist dann zu klären, welche Motivation und Gesinnung hinter den ev. Straftaten steht und unter welchen Auflagen der Angeschuldigte eine Rehabilitation beim Vorliegen einer tatsächlichen Straftat vorzunehmen hat, um eine Wiederholung einer eventuell gleich gearteten oder einer anderen vermuteten Straftat unwahrscheinlich werden zu lassen.

Die Rechtsordnung des Königreiches Deutschland unterscheidet sich in den Punkten Rehabilitation und dem Erfahren von Konsequenzen aus einer Handlung grundsätzlich von der Art der "Auge um Auge und Zahn um Zahn"- Rechtsprechung oder auch bei einer "Strafzuweisung" von der Ordnung der Bundesrepublik in Deutschland. Es geht in der Ordnung des Königreiches Deutschland in erster Linie um Prävention und Rehabilitation um Wiederholungstäterschaft zu verunmöglichen oder weniger Wahrscheinlich werden zu lassen.

Aufgrund des Umzuges und der daraus resultierenden Unerreichbarkeit des Herrn Kroll ist es für Sie nicht direkt möglich ihm irgendwelche Schreiben zukommen zu lassen. Aufgrund der richterlichen Auflagen können Ihre Schreiben nur zu Unserer Kenntnis, jedoch nicht zur Kenntnis des Herrn Kroll gelangen. Aufgrund der oben genannten Ausführungen ist Uns eine Auslieferung des Herrn Kroll nicht möglich. Wir bitten Sie, Uns Ihre Ermittlungsergebnisse zukommen zu lassen (das auch in Kopie möglich ist), um ihm ein umfangreiches und faires Verfahren zu ermöglichen und Uns so auch den Umfang und die Schwere der eventuellen Straftat gesichert feststellen zu lassen.

Dies kann auch außerhalb von Assoziationsabkommens geschehen.

Hochachtungsvoll

Peter  
Menschensohn des Horst und der Erika Fitzek  
Imperator Fiduziar  
Königreich Deutschland

Ralf Kroll  
An der Weide 1  
Königreich Deutschland  
**zu 06886 Luth. Wittenberg**

## Gemeinschaftsschutzgericht

Petersplatz 1  
Imperator Fiduziar  
Königreich Deutschland  
zu 06886 Luth. Wittenberg

In der öffentlichen Gemeinschaftsschutzgerichtsverhandlung

Gemeinde Wittenberg-Apollensdorf des Königreiches Deutschland ./ Ralf Kroll

legt der Oberste Richter des Königreiches Deutschland  
im Einvernehmen mit dem Beklagten

im Namen des  
Deutschen Volkes  
des  
Königreiches Deutschland

das Folgende fest:

Ralf Kroll erhält die Auflage, zwingend eine Wahl unter den richterlichen Angeboten vorzunehmen.

Dazu werden dem Beschuldigten zwei Angebote unterbreitet.

1. Der Beschuldigte hat sich mindestens einmal in 3 Monaten zu einem therapeutischen Gespräch mit dem Obersten Souverän des Königreiches Deutschland oder einem zugelassenen Traumatherapeuten zur Bearbeitung seiner belastenden bisherigen Kindheits- und anderen Erfahrungen zu begeben. Er hat zudem selbst aktiv an einer Aufarbeitung seiner schmerzhaften Erfahrungen und der daraus resultierenden Neigungen und Tendenzen zu arbeiten. Zudem unterliegt er bis zu einem gesicherten positiven Ergebnis der Aufarbeitung einer selektiven Beschränkung des Ortes und der Tätigkeit bei seiner Berufsausübung.
2. Lehnt der Beschuldigte die Therapie ab, wird er mit sofortiger Wirkung aus der Gemeinde Wittenberg-Apollensdorf des Königreiches Deutschland und dem Staate ausgeschlossen. Sollte der Beschuldigte seine Therapie untergraben oder lediglich als Pflicht ansehen und damit nicht selbst aktiv an der Bewältigung seiner Erfahrungen mitarbeiten, trifft den Beschuldigten ebenso der dauerhafte Ausschluß aus der Gemeinschaft der Gemeinde Wittenberg-Apollensdorf und er erleidet zudem den Verlust der Staatszugehörigkeit des Königreiches Deutschland. Er ist darüber belehrt worden, daß er damit wieder in die nachrangige Ordnung der Bundesrepublik in Deutschland zurückfallen würde und sich demzufolge wieder in deren Ordnung nach deren Regeln für seine Tat zu verantworten hätte. Der Bundesrepublik in Deutschland würde der Verlust der Staatszugehörigkeit des Königreiches Deutschland, der Ausschluß aus der Gemeinde Wittenberg-Apollensdorf des Königreiches Deutschland sowie der derzeitige Aufenthaltsort des Beschuldigten bekannt gegeben.

Dem Beschuldigten wird 7 Tage Bedenkzeit gewährt, um zwischen den Alternativen zu wählen.

**Ablauf der Verhandlung und Begründung zur Auflage:**

1.



2.

**Zu den Ermittlungsergebnissen:**



[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Nach ca. 1 Stunde Bedenkzeit erklärte der Beschuldigte mündlich sein Einverständnis zur Therapie.

Eine Woche später lieferte der Beschuldigte sein schriftliches Einverständnis zur Therapie und nahm damit die Wahl einer der vom Richter festgelegten Konsequenzen endgültig an.

Königreich Deutschland, 28.05.2015

**Peter**  
Imperator Fiduziar  
Königreich Deutschland, zu Wittenberg

**Königreich Deutschland  
Petersplatz 1  
06886 Lutherstadt Wittenberg**

**Oberster Richter, Oberster Souverän und Oberster Diener des Königreich  
Deutschland,  
der Menschensohn des Horst und der Erika,  
seine Exzellenz Peter I.**

Ich teile ihnen formlos, aber fristgerecht mit, daß ich die Entscheidung ihrer Hoheit in  
dem Verfahren vom 20.05.2015 offiziell anerkenne und mich einer dreimonatigen  
Behandlung zur Verfügung stellen werde, damit dem Gesetz des Königreich  
Deutschland Genüge getan werden kann und ist.

**Hochachtungsvoll**

**Ralf Kroll**

**z.Z. ohne Wohnsitz**

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ralf Kroll', written over the printed name.

**Hamburg 27.05.2015**

Es dürfte dem Gericht auffallen, daß die Durchführung eines Gerichtsverfahrens im Königreich Deutschland viel effizienter, kürzer, gerechter und mit viel weniger Aufwand möglich ist. Es sind viel weniger Personen beteiligt und es wird viel weniger Papier beschrieben. Zudem hat der zu Resozialisierende viel leichter einen Zugang zum Verständnis des Verfahrens, zu seinem Verhalten und auch die Bereitschaft, bei seiner Resozialisierung mitzuwirken. Er wird damit auch nicht mehr rückfällig. Die Belastung der Gesellschaft mit kriminellen und asozialen Menschen wird es im Königreich Deutschland nicht mehr lange geben, zumal es auch keine derart kriminalitätsförderlichen Systeme (beispielsweise das bestehende Geldsystem) wie in der Bundesrepublik gibt.

Schon an diesem Beispiel ist klar erkennbar, daß die „Staatsgewalt“ der Bundesrepublik effektiv zurückgetreten ist und eine **effektive Sezession** stattgefunden hat. Der Beispiele gibt es mehr. Sollte das Gericht zu dieser Tatsache mehr Rechtsvortrag begehren, bitten Wir um richterlichen Hinweis.

Es würde nicht gerade ein gutes Bild auf die Bundesrepublik werfen, würde sie Sezessionsprozesse auf deutschem Boden anders betrachten als ähnlich geartete Abspaltungs- oder auch Dismembrationsprozesse, wie sie beispielsweise beim Zerfall Jugoslawiens geschahen. Mit der Abspaltung des Königreiches Deutschland von dem zur Handlungsfähigkeit gelangenden Deutschen Reich, welches gegenwärtig mangels institutioneller Organe noch handlungsunfähig ist, wird die schrittweise Wiederherstellung des Völkerrechtes angestrebt. Die Bundesrepublik hat hierbei nicht einzugreifen, **ja sie hat dies sogar zu unterstützen** (BVerfG, 31.07.1973 - 2 BvF 1/73).

Wir zitieren hier aus der Drucksache 17/14695 des Bundestages vom 03.09.2013, die sich mit Fragen zu den

### **„Völkerrechtliche(n) Konsequenzen aus der behaupteten Subjektidentität der Bundesrepublik Deutschland mit dem Deutschen Reich seit dem 8. Mai 1945“**

beschäftigt.

„Der Grenzvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen von 1990 versteht sich nach dem Wortlaut des Vertrages lediglich als eine "Bestätigung" der zwischen ihnen bestehenden Grenze und einem daran geknüpften Gewaltverzicht. Er hat mithin den gleichen Charakter wie der Warschauer Vertrag von 1970. Beide Verträge sollen nach Auffassung der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr als Gewaltverzichtsverpflichtungen darstellen. Seit der ersten polnischen Teilung im Jahre 1772 ist die polnische Westgrenze lediglich von der DDR anerkannt worden. Mit der Nichtanerkennung der Grenze eines ihres Nachbarstaates steht die Bundesrepublik Deutschland in Europa allein dar.

Die Bundesregierung vertritt eine den Gegebenheiten der deutschen Einigung angepasste "Deutschland-Doktrin". Die ursprüngliche Leseart der Deutschland-Doktrin behauptete die völkerrechtliche Identität, wenn gleich räumliche Teilidentität der Bundesrepublik Deutschland mit dem Deutschen Reich, das den 8. Mai 1945 zwar handlungsunfähig, doch völkerrechtlich rechtsfähig überdauert habe. Sie stellt alle von der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossenen Verträge als allein für die Bundesrepublik Deutschland unter

den Vorbehalt ihrer Revision durch das zur Handlungsfähigkeit gelangende Deutsche Reich verbindlich, dessen Handeln keine Bundesregierung vorgreifen darf. Das Wiedererstehen des Deutschen Reiches aber implizierte die Eingliederung von Teilen der "ehemals deutschen Gebiete", die heute auf polnischem Staatsgebiet liegen. Diese juristische Auffassung bildete vor der Zusammenführung der Bundesrepublik Deutschland mit der DDR die Grundlage für die Verweigerung der Anerkennung der polnischen Westgrenze durch die Bundesrepublik Deutschland.

Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten trat in der Bestimmung des Verhältnisses von Bundesrepublik Deutschland und Deutschem Reich an die Stelle einer Perspektive auf die Wiedergewinnung "ehemaliger deutscher Gebiete" - also der räumlichen Teilidentität – die "Subjektidentität" als Ausdruck der Identität in der Eigenschaft als Völkerrechtssubjekt, die das postulierte Fortleben des Reiches unangetastet lässt."

Diese erste Abspaltung und die Schaffung neuer institutioneller Organe in allen Bereichen des Lebens kann bei Freiwilligkeit auf weitere Gebiete und dann auch aufgrund des Subsidiaritätsprinzips auf die Gemeinden ausgedehnt werden (siehe dazu § 92 StGB, vierter „Verfassungsgrundsatz“), bis eine flächendeckende Organisation in einer neuen verfassungsmäßigen Ordnung mit allen dazugehörigen institutionellen Organen nach neuen Systemen geleistet werden kann. Ist diese auf dem Gebiete der Bundesrepublik in Deutschland hergestellt, wird nach erfolgten erfolgreichen Verhandlungen mit den Mächten, der Kassation alter Verträge des Deutschen Reiches, der friedlichen und der freiwilligen Herstellung des korrekten völkerrechtlichen Zustandes mit allen Beteiligten das geltende internationale Recht wiederhergestellt und die Sukzession des Völkerrechtssubjektes nach dem Stand des geltenden Völkerrechtes geleistet werden können. Die Bundesrepublik hat so die Chance, sich völkerrechtskonform und völlig friedlich und freiwillig zum friedlichsten und fortschrittlichsten Staat auf der Erde zu transformieren, und kann diese Fortschritte dann den umliegenden (souveränen) Staaten (oder was von ihnen und ihrer Souveränität übrig blieb) selbstlos anbieten. Das zukünftige Deutschland kann so mit den umliegenden Staaten gemeinsam, auf Freiwilligkeit basierend, zum Zeitpunkt der Wahl dieser Staaten die Wiederherstellung des Völkerrechtes leisten, und alle Völker werden dankbar für all die Fortschritte sein, die sie aufgrund des Beitrittes erreichen können. So würde die Deutschland-Doktrin unter Beachtung der iuscogens-Vorschriften umgesetzt werden und das Königreich Deutschland zum erneuerten dauerhaft friedlichen Deutschen Reich werden, welches dann wieder ein leuchtendes Vorbild in der Welt ist. Das neue Reich würde den anderen Völkern selbstlos all die Früchte anbieten, die zu erringen es allein aufgrund des hier bestehenden rechtlichen Zustandes zu leisten imstande war. Dies ist eine mögliche Zukunft. Es ist die vorrangige Wahrscheinlichkeit, welche Wir den Menschen mit Unserem Handeln anbieten wollen. Wählen Sie Ihre Entscheidungen weise.

Weiterhin führen Wir zur Bestätigung der rechtmäßigen Taten Unseres Handelns hier die Konvention von Montevideo auf, die auch in der oben erwähnten Studie als allgemeine Regel des Völkerrechtes ohne Transformationsgesetz bundesdeutsches Recht ist.

## **Art. 25 GG**

*"Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes."*

Die im Grundgesetz festgeschriebene Höherrangigkeit des Völkerrechtes erlaubte es Uns, völlig konform mit der bestehenden Rechtsordnung den Staat neu aufzubauen. Die Konvention von Montevideo vom 26. Dezember 1933 definiert die Rechte und Pflichten und die grundlegenden Erfordernisse für den Aufbau eines Staates. Wir liefern hier Auszüge daraus, die zeigen, daß weder die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht noch irgendeine andere Bundesinstitution ein Recht hatte, das Territorium zu betreten, Durchsuchungen durchzuführen und Gegenstände oder Daten zu entfernen. Es fand ein völkerrechtswidriger Akt der Aggression statt. Das Königreich Deutschland achtet die Prinzipien zur Wahrung des Friedens, wie sie in der **Konvention von Montevideo** und auch in der **SWP-Studie** als Grundlage internationaler Beziehungen dargelegt sind.

„NeuDeutschland“ war dabei nur ein im Jahre 2009 mit der Oberfinanzdirektion Magdeburg abgestimmtes Werkzeug zum Aufbau eines neuen Deutschlands.

### **Artikel 1**

Der Staat als eine Person internationalen Rechts sollte über die folgenden Merkmale verfügen:

- a) eine ständige Bevölkerung;
- b) ein definiertes Territorium;
- c) eine Regierung und
- d) die Fähigkeit, mit den anderen Staaten in Beziehung zu treten.

### **Artikel 3**

Die politische Existenz eines Staates ist **unabhängig von der Anerkennung durch andere Staaten**.

Auch vor dieser Anerkennung hat ein Staat das Recht, seine Integrität und Unabhängigkeit zu verteidigen, für seine Erhaltung und seinen Wohlstand zu sorgen, sich konsequent und nach eigenen Vorstellungen angebracht zu organisieren, gemäß seiner Interessen Gesetze zu erlassen, seine Verwaltungsangelegenheiten zu regeln sowie die Gerichtsbarkeit und die Zuständigkeit seiner Gerichte festzulegen.

Die Ausübung dieser Rechte hat keine andere Begrenzung als die Ausübung dieser Rechte durch andere Staaten gemäß internationalem Recht.

### **Artikel 4**

[...] Die Rechte eines jeden Staates hängen nicht von der Stärke ab, die zu ihrer Ausübung benötigt wird, sondern von dem simplen Fakt seiner Existenz als Person gemäß internationalem Recht.

### **Artikel 5**

Die grundlegenden Rechte der Staaten sind in keinerlei Weise angreifbar.

### **Artikel 8**

Kein Staat hat das Recht, in die inneren oder äußeren Angelegenheiten eines anderen Staates einzugreifen.

### **Artikel 10**

Das vorrangige Interesse der Staaten ist die Erhaltung des Friedens. [...]

Alle Kriterien, die zum faktischen Bestand eines Staates gehören, erfüllt das Königreich Deutschland. Es wird zweifelsfrei effektiv Hoheitsgewalt über die Staatsangehörigen ausgeübt.

Doch zurück zu den Ausführungen des Prof. Dr. Nettesheim:

***Ist denn zum Beispiel ein Königreich auf meinem eigenen Grund und Boden nun ein souveräner Staat oder ein Fantasiegebilde?***

*Wenn die Sezession (Abspaltung) nicht vollzogen ist, ist es jedenfalls kein Staat. Es kann sich um ein Fantasiegebilde handeln; aber auch um ein von Aufständischen beherrschtes "de facto"-Regime ohne staatliche Selbständigkeit. Letzteres setzt aber eine effektive Gebietsherrschaft voraus. Im Fall von "NeuDeutschland" liegt weder eine Staatsgründung noch ein "de facto"-Regime vor. Es handelt sich um staats- und völkerrechtliche Fantasie.*

Das trifft wohl auf den Verein und die Stiftung „NeuDeutschland“ (die nur teilrechtsfähige Steuerrechtssubjekte als Werkzeuge zum Aufbau des Staates waren) zu, jedoch NICHT auf das „Königreich Deutschland“. Es wurde nie behauptet, daß „NeuDeutschland“ ein Staat sei.

Dies wäre auch nicht realistisch gewesen. „NeuDeutschland“ hatte keine eigene Verfassung, kein gewähltes Staatsoberhaupt, keine von der BRD-Ordnung völlig unabhängigen Organe und auch kein eigenes Staatsvolk. „NeuDeutschland“ baute die benötigten Strukturen auf, um Erfahrungen zu sammeln und um effektive Staatsgewalt schaffen und dann ausüben zu können, ohne dabei die Ordnung der Bundesrepublik zu verletzen.

An obigem Beispiel können Sie erkennen, daß die Sezession durch das Königreich Deutschland effektiv vollzogen wurde, da Wir als Staatsgewalt die Herrschaft über das Gebiet und die Staatsangehörigen nicht nur de facto, sondern aufgrund der Verfassung und der Gesetze des Königreiches Deutschland ausüben. Einzig und allein die privaten Bankenclass und ihre verlängerten Arme versuchen das mit falschen Behauptungen, rechtsfehlerhaften Auskünften, schikanösen Bescheiden und daraus resultieren Razziaaktionen zu unterbinden.

***„Nochmal anders gefragt: Kann man ein Privatgrundstück überhaupt aus dem Staatsgebiet der BRD herauslösen?***

*Staatsrechtlich ist nach dem Grundgesetz kein Anspruch auf Sezession gegeben. Die Bundesrepublik könnte eine Abspaltung gesetzlich ermöglichen oder in diese vertraglich einwilligen. Ohne einen derartigen Akt kann ein Gebiet nicht selbstständig werden. Völkerrechtlich kommt es auf die Effektivität der Abspaltung an: Etabliert sich eine neue Macht so effektiv, dass der bisherige Inhaber der Staatsgewalt "aufgibt", dann kann ein neuer Staat entstehen. Allein die Tatsache, dass Behörden der Bundesrepublik das Verhalten der "NeuDeutschen" und ihres „Königs“ beobachten, ist aber kein Rückzug und keine Aufgabe der Territorialgewalt.“*

Auch hier wird wieder fehlerhaft von „NeuDeutschland“ als Staat ausgegangen. Auch irrt der bundesrepublikanische Staatsrechtler hier, denn es gibt im Grundgesetz weder eine Erlaubnis noch ein Verbot der Sezession. Strafbare macht sich nur, wer „mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt“ eine Sezession durchzuführen versucht. Das ist hier nicht der Fall.

Das Königreich Deutschland leistete eine friedliche Abspaltung konform zu den Erfordernissen des Völkerrechts. Es verfügt über ein Territorium, ein eigenes Staatsvolk, eine gewählte Regierung und eine eigene Rechtsordnung. Zudem verfügt es über die effektive Ausübung einer Staatsgewalt und eigene institutionelle Organe in allen Bereichen des staatlichen und gemeinschaftlichen Lebens.

Zudem sind die allgemeinen Regeln des Völkerrechts höherrangiges deutsches Recht. Die Rechtsauffassung des Prof. Dr. Nettesheim kann hier nicht tragen. Die Bundesregierung hat nicht allein von einem „Anspruch auf Sezession“ aufgrund der Vorschriften des Grundgesetzes auszugehen. Vielmehr hat sie völkergewohnheitsrechtliche Vorschriften zu achten. Auch die Behauptung, daß die Bundesrepublik erst eine vertragliche Vereinbarung oder durch Schaffung eines Gesetzes dazu die Möglichkeit eröffnen müßte, ist falsch.

Auch wenn er meint, daß ein Gebiet sonst nicht selbstständig werden könne, ist das falsch.

Gemäß des sechsten Verfassungsgrundsatzes besteht ein Schutz vor jeder Gewalt und Willkürherrschaft.

*„Im Sinne dieses Gesetzes sind Verfassungsgrundsätze [...]  
6. der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft.“*

Nur die BaFin, die eine eher private Organisation ist, hat bisher (noch) nicht aufgegeben. Alle anderen bundesrepublikanischen Stellen haben das bereits oder erkennen immer mehr, daß Uns nicht beizukommen ist, da alle internationalen und auch alle bundesrepublikanischen Gesetze geachtet und nicht verletzt werden. Sei es das Völkerrecht, das Grundgesetz, das Versicherungsaufsichtsgesetz, das Kreditwesengesetz, das Gewerberecht, das Steuerrecht usw. Einzig und allein fehlgeleitete oder unwissende Bedienstete maßen sich an, in Unsere Belange mithilfe von unrechtmäßiger Gewalt und Willkür völkerrechtswidrig, entgegen deutscher Rechtsvorschriften oder auch entgegen der Rechtsvorschriften der Bundesrepublik einzugreifen. Wir erduldeten bisher jede dieser Rechtsverletzungen, haben Wir doch den Gewaltverzicht und die Verpflichtung zum Frieden schon in der Präambel der Verfassung des Königreiches Deutschland verankert, die von allen Staatsangehörigen des Königreiches Deutschland zu achten ist.

### ***„Welche rechtlichen Grundlagen muss ein Staat erfüllen?“***

*Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt. Ein souveräner Staat übt seine Herrschaft originär, also ohne Ableitung von einem anderen Staat, aus. Er steht auch nicht unter der Hoheitsgewalt eines anderen Staats.*

Dies ist hier der Fall. Wir wiesen das dem Gericht bereits in der 262-seitigen Antragsschrift nach, indem Wir eine Kopie der Gründungsurkunde und der unterschriebenen Verfassungsurkunde lieferten.

Wir liefern hier zudem nun in der Anlage:

1. Die Verfassung in Buchform (**Anlage 16**)  
und zudem

2. das Staatswappen,



3. die Staatsflagge,



4. die Hymne des Königreiches Deutschland,



## *Königreich Deutschland*



ir, Peter, gewählter Oberster Souverän von Gottes Gnaden, Treuhänder des Reiches,

bestimmen und ordnen was folgt:

### Gesetz zur Verkündung der Nationalhymne des Königreiches Deutschland

am 28.08.2013

#### **§ 1**

Die Nationalhymne des Königreiches Deutschland hat folgenden Text:

Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland!  
Danach laßt uns alle streben brüderlich mit Herz und Hand!  
Einigkeit und Recht und Freiheit sind des Glückes Unterpfand -  
Blüh im Glanze dieses Glückes, blühe, deutsches Vaterland!

Über Länder, Grenzen, Zonen, hallt ein Ruf, ein Wille nur,  
Überall, wo Deutsche wohnen, zu den Sternen dringt der Schwur:  
"Niemals werden wir uns beugen, nie Gewalt für Recht anseh'n.  
Deutschland, Deutschland über alles, und das Reich wird neu ersteh'n"!

Land der Liebe, Land des Schönen, Land der Weisheit und der Kraft,  
Hör das Rufen laut erschallen: "Erhebe Dich zu neuer Macht"!  
Selbstlos gebe allen Feinden, wissend nun, daß Liebe gibt,  
Deutschland, Deutschland über alles, über alles sei geliebt!

## § 2

- (1) Die Melodie der Nationalhymne ist die des „Deutschlandliedes“, komponiert von Joseph Haydn.  
(2) Die Nationalhymne darf in allen drei Strophen gesungen werden.

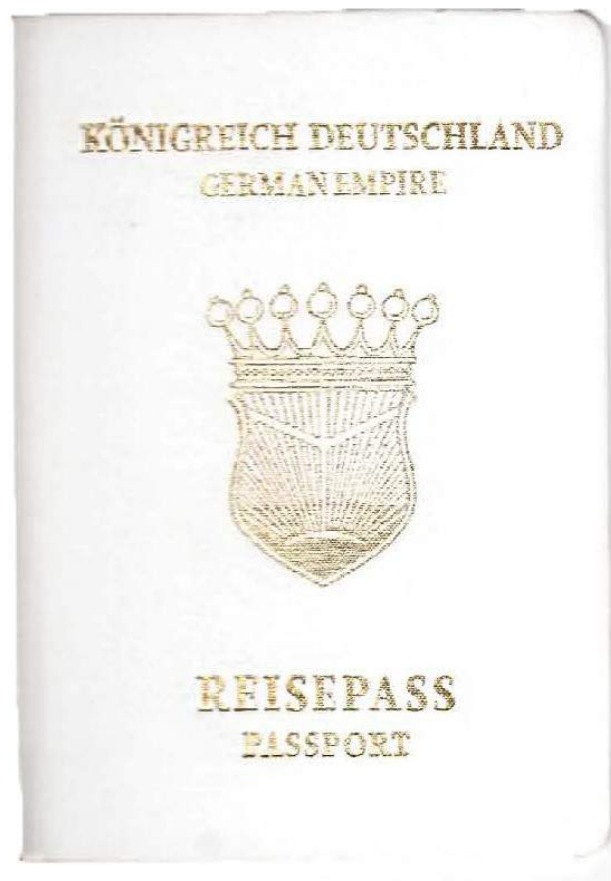
Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

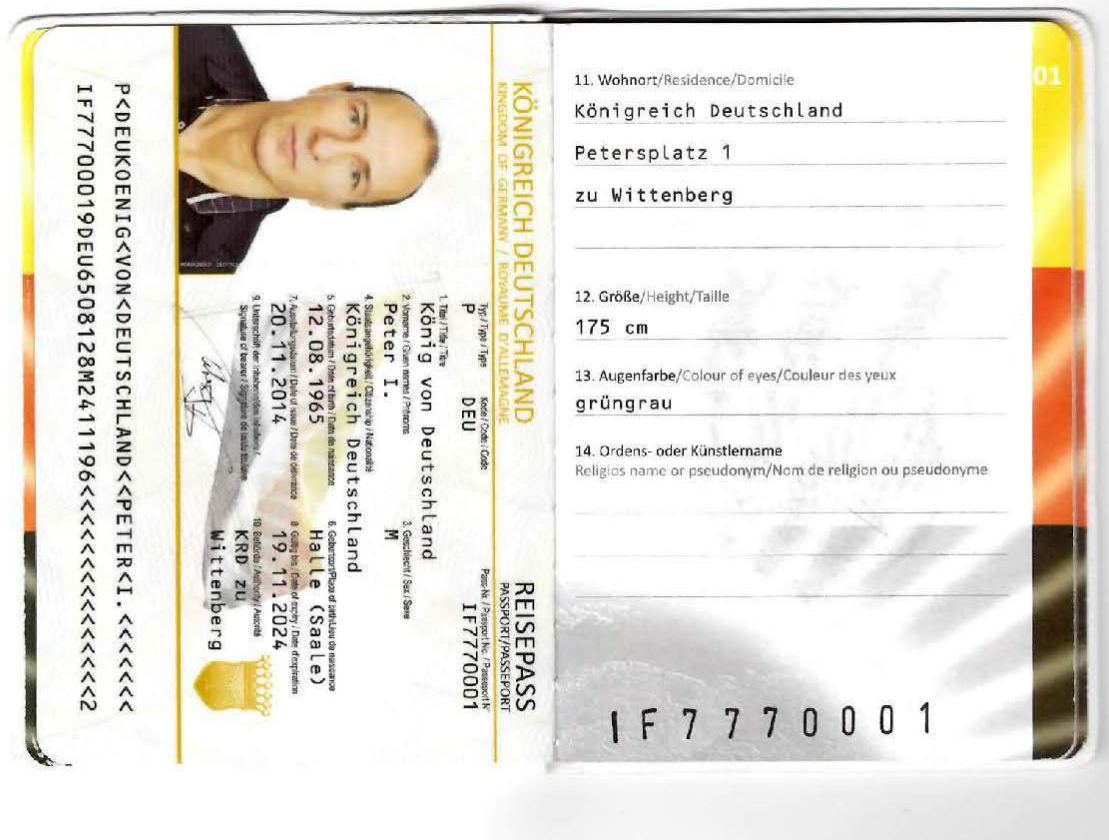
Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Insiegel.  
Gegeben zu Wittenberg, den 28.08.2013

---

Peter  
gewählter Oberster Souverän  
des  
**Königreiches Deutschland**  
Imperator Fiduziar

## 5. Reisepass,





## 6. Bordkarten.

germanwings



Germanwings

KOENIG VON DEUTSCHLAND/PETER I

TXL 4U 8590 06May15  
PMI

7E

4U 8590/134

MAX 1 HANDGEPAECK/HANDLUGGAGE

germanwings

Name of passenger

KOENIG VON DEUTSCH

From

TXL

To

PMI

Status/Fare

/ SMART

Flight no.

4U 8590

Date

06May15

Gate

D79

Boarding time

0945

Seat

7E

Boarding no.

134

Pos

1

Ck/Wt

11

Boarding Pass/Bordkarte

germanwings

EAGGAGE IDENTIFICATION TAG

KOENIG VON DE 0134

TO PMI 4U 8590/06

VIA

VIA

0051 758446

4U 758446

NEU

Die CEWE FOTOWELT App

Mit Smartphone oder Tablet das

CEWE FOTOBUCH und weitere Fotoprodukte  
gestalten und bestellen!



Erhalten Sie mehr



www.cewe.de

cewe  
BEST IN PRINT

Boarding Pass

ECONOMY

ECONOMY

EGYPTAIR

KOENIGVONDEUTSCHLAND/PETERIMR

SXF

CAI

MS 0732 T 02JUN

Y

E-TKT

67



ECONOMY  
Boarding Pass

Name

KOENIGVONDEUTSCHLAND

SXF

67

CAI

EGYPTAIR

Carrier

Flight

Class

Date

Time

MS 0732 T 02JUN 1530

Gate  
A04

Boarding Time  
14:45

Seat  
26J

Pcs

Wt

NONSMOKER



GlobeGround  
Berlin

***Peter Fitzek und seine Anhänger behaupten, ein Staat müsse nicht anerkannt werden, es reichen Proklamation und Entstehung?***

*Sie kennen jedenfalls weder das Staatsrecht noch das Völkerrecht. Staatlichkeit setzt nicht zwingend die Anerkennung voraus. Aber sie setzt das Vorliegen der substanziellen, also materiellen Gegebenheiten voraus. Fehlt es daran, liegt kein Staat vor.*

Diese unbewiesene Behauptung ist falsch. Wir kennen das Staatsrecht als auch das Völkerrecht sehr genau. Das beweisen allein schon Unsere Taten.

Wir besitzen sowohl die materiellen Gegebenheiten: **Staatsgebiet** (wobei die Eigentumsform unerheblich ist), **Staatsvolk** (siehe unterschriebene Verfassungsurkunde, Abmeldebescheinigungen und veröffentlichtes Personenregister), **Staatsgewalt** (der Oberste Souverän, Imperator Fiduziar des Königreiches Deutschland und die Vollbürger), **eine eigene funktionierende Ordnung** (Verfassung, eigene Gesetze, eigene Gerichtsbarkeit, eigene Exekutive, eigene institutionelle Organe, Ausgestaltung der faktisch benötigten Bedürfnisse der Gemeinschaft wie z. B. Deutsche Gesundheit, Deutsche Pflege, Deutsche Rente, ein eigenes Zahlungsmittel, einen eigenen Markt, eigene Leistungsaustauschmöglichkeiten usw.) und auch die **Fähigkeit mit anderen Staaten in Wechselwirkung zu treten** (s. die Ratifizierung grundlegender völkerrechtlicher Verträge durch Uns (Wiener Übereinkommen über Diplomatische Beziehungen, Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen, Anerkenntnis der Statuten des internationalen Gerichtshofes, aber auch eigene Reisepässe und bereits bestehende Beziehungen zu anderen Staaten wie z.B. Paraguay) - und auch an dem obigen Beispiel der eigenen Gerichtsbarkeit ist deutlich zu erkennen, daß die Staatsgewalt auch effektiv ausgeübt wird.

***„Und wenn das ein oder andere Land der Erde diesen Staat anerkennen würde?***

*Die Anerkennung eines Gebiets, das nicht staatliche Eigenständigkeit erlangt hat, wäre eine unzulässige Intervention in die inneren Angelegenheiten des Territorialstaats, in diesem Fall der Bundesrepublik Deutschland. Ein Drittstaat darf daher **"NeuDeutschland"** nicht anerkennen. Letztlich geht es im Völkerrecht um Effektivitätsbetrachtungen. Wer "Staat" lediglich spielt, wird noch nicht zum Staat.*

Wieder ist Herr Prof. Dr. Nettesheim nicht auf dem aktuellen Stand der Fakten. **„NeuDeutschland“** sollte nie und kann auch nicht anerkannt werden, da es sich in dem Falle um keinen Staat handelt.

Es hätte einer werden können, hätten sich die Deutschen dieses Werkzeuges durch eine Mitarbeit bei der Erneuerung verstärkt bedient. Wir gingen oben bereits darauf ein. Das haben sie aber nicht.

Ganz anders ist es beim **Königreich Deutschland**. Das Königreich Deutschland erfüllt alle Kriterien eines Staates und hat unter Beachtung völkerrechtlicher Vorschriften friedlich eine Sezession mit dem Ziel bewirkt, die Völker der Erde von den umweltzerstörerischen, leiderzeugenden und ruinösen Systemstrukturen (z.B. des zinsbehafteten Schuldgeldes, der zerstörerischen Wirtschaftsordnung, dem lobbygesteuerten Gesundheitsmarkt usw.) zu

befreien. Außerdem will das Königreich Deutschland die Schaffung einer internationalen Organisation zur Erneuerung aller überholungsbedürftigen Systeme auch in anderen Staaten und zur Schaffung des globalen Friedens erreichen. Wir boten dazu bereits die Schaffung der „Erneuerten Vereinten Nationen“ an, die dann wirksam gegründet ist, wenn andere Staaten mit dem Königreich Deutschland diese Internationale Organisation als Völkerrechtssubjekt durch Vertragschluß gründen.

NeuDeutschland „spielte“ eine Rolle bei der Schaffung des Staates Königreich Deutschland.

Das Königreich Deutschland „spielt“ jedoch nicht Staat, es IST ein Staat mit effektiver Ausübung von Herrschaftsgewalt auf einem definiertem Territorium über bestehende Staatsangehörige mithilfe einer effizienten staatlichen Ordnung auf der Basis einer Verfassung, zu der sich alle Staatsangehörigen bekannt haben.

### ***Wie sieht es denn aus mit der Rückgabe von amtlichen Dokumenten oder Verzicht auf Staatsangehörigkeit?***

*Die Rückgabe von amtlichen Ausweisdokumenten und/oder eine Erklärung zum Verzicht auf die deutsche Staatsangehörigkeit zugunsten eines Fantasiestaates hat keine Rechtswirkung. Jeder Deutsche kann zwar auf Antrag hin aus der deutschen Staatsangehörigkeit entlassen werden, jedoch darf dies nicht zur Staatenlosigkeit führen. Staatsangehörigkeit meint übrigens die Zugehörigkeit zu einem Staat im völkerrechtlichen Sinne und das ist "NeuDeutschland" als Fantasiestaat nicht.*

Es handelt sich beim **Königreich Deutschland** um keinen Fantasiestaat. Es wurde und wird durch die Aufnahme in das Königreich Deutschland auch kein Verzicht auf die deutsche Staatsangehörigkeit bewirkt. Alle Deutschen des Königreiches Deutschland sind immer noch Deutsche und haben die deutsche Staatsangehörigkeit inne. Daran hält das Königreich Deutschland fest.

Art. 91 Abs. 1 der Verfassung des Königreiches Deutschland:

„Deutscher ist, wer gemäß Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913 deutscher Staatsangehöriger ist oder aufgrund von Aufnahme in den neuen deutschen Staat nach dem geltenden Völkerrecht Aufnahme gefunden hat.“

### ***Was passiert, wenn man eigene Fantasiedokumente erstellt oder Titel, Berufs- oder Funktionsbezeichnungen von Fantasiestaaten führt?***

*Ausweisdokumente und/oder das Führen von Titeln, Berufs- oder Funktionsbezeichnungen von Fantasiestaaten haben im Rechtsverkehr keine Wirksamkeit. Nach § 132a StGB kann sich strafbar machen, wer unbefugt inländische oder ausländische Amts- oder Dienstbezeichnungen und öffentliche Würden führt. Reine Fantasiebezeichnungen fallen hierunter aber nicht.*

Zuletzt **aktualisiert: 14. April 2015, 15:59 Uhr**

Da das **Königreich Deutschland** kein Fantasiestaat ist, haben die Titel, die Berufs- und Funktionsbezeichnungen und auch die Dokumente Wirksamkeit. Der Prof. Dr. Nettesheim ist hier offenkundig immer noch nicht genügend informiert. Er geht immer noch fehlerhaft von „NeuDeutschland“ aus, auch wenn die letzte Aktualisierung dieser Veröffentlichung vom 14. April 2015 ist. Daß Mitarbeiter der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht sich auf derartige Aussagen berufen, bezeugt einerseits wieder einmal nur ihr Unverständnis in diesem juristischen Bereich, und bezeugt andererseits auch die Uninformiertheit dieses bundesrepublikanischen Staats- und Völkerrechtlers. Zu behaupten, Wir würden Uns in diesen Bereichen des Rechtes nicht auskennen, zeugt wohl eher von einer verminderten Einschätzungsfähigkeit. Es wurde mit Uns bisher auch noch kein tieferes Gespräch darüber geführt.

An der Güte der Ausgestaltung der Strukturen des Königreiches Deutschland, die nahezu vollständig von Uns allein erdacht und geschaffen wurden, sollte jeder gut informierte Mensch die Fundiertheit Unseres Wissens in vielen Bereichen des Rechtes und des Lebens abzuleiten imstande sein.

Wenn der Präsident der BaFin auf Seite 8 unter bb) seines Schreibens an das Gericht schreibt, daß Wir „*andere Gewerbetreibende*“ vorgeschoben haben, dann entspricht das nicht den Tatsachen.

Es gab und gibt keine „Gewerbetreibenden“. Alle Tätigkeiten waren entweder „Zweckbetriebe“ des Vereins und der Stiftung „NeuDeutschland“ (NDGK und Kooperationskasse), die NICHT der Abwicklung oder einer anderen Verfügung oder eines anderen sog. „Bescheides“ vom 26.11.2014 unterlagen oder unterliegen. Es wurde ausschließlich im Innenverhältnis gearbeitet.

Andere, wie die „Deutsche Gesundheit“, die „Deutsche Rente“, die „Deutsche Haftpflichtschadenausgleichskasse“, die „Königliche Reichsbank“ usw. waren und sind Institutionen des Königreiches Deutschland. Es waren nie und sind keine „Gewerbebetriebe“, wie die BaFin hier unterstellt.

Die Antragsgegnerin kann sich hier also nicht auf eine „gewerberechtliche Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes“ stützen. Sie kann auch nicht

*„förmliche Maßnahmen an all diejenigen Beteiligten (zu) richten, die Bank- und Versicherungsgeschäfte ohne die erforderliche Erlaubnis betreiben, oder die in solche Geschäfte einbezogen sind.“*

Zum einen gab es keine derartigen „Geschäfte“, und das weiß auch der Präsident der BaFin. Zum zweiten wurde ausschließlich im Innenverhältnis gehandelt. Es wurde zu keinem Zeitpunkt eine Gewerbeanmeldung getätigt. Die Rechtsschutzbegehrenden können somit auch nicht jenen gewerberechtlichen Vorschriften unterliegen. Sie können damit auch nicht angewendet werden.

Entgegen der Behauptung der BaFin gewährte die NDGK keinen Rechtsanspruch auf Unterstützungsleistungen. Zudem gab und gibt es in der NDGK ausschließlich mit der BaFin abgestimmte Verträge.

Zudem bestehen nach Auskunft der BaFin (z. B. Schreiben vom 16.07.2013 an Uns auf S. 18, siehe **Anlage 6**) dann keine Versicherungsgeschäfte,

*„wenn der Versicherungsvertrag in einem inneren Zusammenhang zu einem Rechtsgeschäft anderer Art steht und der Vertrag von dort sein eigentliches Gepräge erhält.“*

Ein Versicherungsvertrag impliziert schon per Definition einen Rechtsanspruch. So kann es dahingestellt bleiben, ob die Ausschlußklausel des Rechtsanspruches nun wirksam ist oder nicht, oder sie aufgrund der Behauptung der Überraschung (§305 c BGB) unwirksam wäre. Bereits die Art der Haupt- und Nebenabrede des gemischttypischen Vertrages impliziert die Tatsache, daß es sich nicht um „Versicherungsgeschäfte“ handeln kann. Das hätte die BaFin auch erkennen können, hat sie doch selbst derartige Aussagen getätigt. Es trat also ein Wandel in der Rechtsauffassung einiger Mitarbeiter der BaFin ein. Ob es sich hier um Lobbydruck handelte, kann von Uns nicht eingeschätzt werden. Es erscheint jedoch möglich, hat doch der damalige Gesundheitsminister Horst Seehofer öffentlich erklärt, daß eine sinnvolle Strukturänderung im Gesundheitswesen aufgrund des sehr wirksamen Lobbydruckes unmöglich sei, und das seit über 30 Jahren. Dieser Zustand ist von Uns und sollte auch von Ihnen nicht länger hinnehmbar sein.

Quelle: ZDF-Sendung "Frontal 21" vom 06. Juni 2006 mit Horst Seehofer

<https://www.youtube.com/watch?v=GSm5PhzchzQ>

<http://www.epochtimes.de/Toedliche-Medizin-und-organisierte-Kriminalitaet-Pharma-Industrie-%E2%80%93-ein-organisiertes-Verbrechen-Daenischer-Mediziner-deckt-auf-a1233167.html>

Wenn der Präsident der BaFin in Gestalt dieser behaupteten „Präsidialbehörde“ meint, daß Wir ein *„ebenso verschachteltes wie volantes Firmengeflecht“* gegründet hätten, dessen Geschäftsbetrieb unerlaubte Bank- und Versicherungsgeschäfte beinhaltet, dann irrt er hier.

Erstens war und ist es immer noch Unsere einzige und alleinige Absicht, die Schaffung einer gerechten erneuerten Gemeinschaft aufzubauen. Das Ziel ist es, ein friedliches und stabiles Gemeinwesens zur Förderung der Evolution der menschlichen Gemeinschaft zu erreichen, bei dem unser aller Lebensgrundlage respektiert und geschützt und die Schöpfungsgesetze geachtet werden.

Alles, was dem entgegensteht, kann nicht dauerhaft geduldet werden, besteht sonst die Gefahr der Zerstörung der menschlichen Zivilisation oder der Verlust der Freiheit. Die Menschheit sollte endlich Lehren aus der Geschichte ziehen.

Zudem werden hier keine unerlaubten erlaubnispflichtigen Bank- oder Versicherungsgeschäfte betrieben. Das hätte die BaFin auch erkennen können.

In der Gesamtschau handelt es sich bei der NDGK um erlaubnisfreie Tätigkeiten einer Unterstützungskasse. Das zeigt sich daran, daß an allen Stellen von einer "Ab"sicherung gesprochen wurde. Somit konnten alle Vertragschließenden erkennen, daß es sich nicht um die Tätigkeit einer privaten Krankenversicherung handelte.

Aus der Gesamtschau der Verträge, der Anbahnung zum Vertragsschluß in Verbindung mit der Internetseite läßt sich nicht schließen, daß hier unerlaubt erlaubnispflichtiges Versicherungsgeschäft getätigt wurde oder wird.

Vielmehr ist ersichtlich, daß kein zugelassenes Versicherungsunternehmen Risikoträger der angebotenen Leistungen ist. Vielmehr handelte es sich bei der NDGK um eine Unterstützungskasse, die, ohne daß sie einen Rechtsanspruch gewährte, lediglich Sach- und Unterstützungsleistungen lieferte.

Die Tätigkeiten der NDGK sind kein Versicherungsgeschäft. Es fehlt der erforderliche Entgeltcharakter.

Nicht ausreichend ist ein bloßer Fördermitgliedsbeitrag, wenn dieser allein der Verwirklichung des Vereinszweckes dient und nicht Entgelt für eine Risikoübernahme ist. Die Mitglieder einer Unterstützungskasse zahlen in der Regel einen monatlichen Beitrag, aus dem die Leistungen erbracht werden. Im Versicherungsvertragsrecht gelten Beiträge, die an ein Versicherungsunternehmen auf Gegenseitigkeit gezahlt werden, nach [§ 1 Abs. 2 S. 2 VVG](#), auch als Prämien. Es ist fraglich, ob diese Gleichbewertung auch für einen nicht eingetragenen Verein für das Versicherungsaufsichtsrecht übernommen werden kann.

Im Versicherungsaufsichtsrecht dagegen gelten andere Wertungen und Ziele. Die NDGK ist in Form eines n.e.V. innerhalb eines anderen n.e.V. und nicht in Form eines Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit organisiert, so daß [§ 1 Abs. 2 S. 2 VVG](#) nicht zur Beantwortung der Frage beiträgt, ob ein Entgelt an die NDGK gezahlt wird.

Es ist zudem so, daß in der Satzung der NDGK festgelegt ist, daß alle Überschüsse in den Haushalt des Trägers einzustellen sind. Im Falle von Großschadensfällen leistet wiederum der Träger, zum Beispiel aus den bedingt angenommenen Geldern der „Anleger“ der „Kooperationskasse“, die wiederum eine eigene BGB-Gesellschaft innerhalb des Trägers ist. (BverwG 1 C 54/81 VersR 1987,297 vom 25.11.1986).

Das trifft auch auf die Deutsche Gesundheit, die Deutsche Pflege, die Deutsche Rente und die Deutsche Haftpflichtschadenausgleichskasse zu.

Art. 29 Abs.3 der Verfassung des Königreiches Deutschland:

„Alle Überschüsse der Staatsbetriebe sind in den deutschen Staatshaushalt einzustellen und wiederum zur Förderung des Allgemeinwohls einzusetzen.“

Das hauptsächliche Ziel der Mitglieder der NDGK und aller anderen Institutionen ist die Erreichung und Verwirklichung der Ziele des Trägers. Dies ist der Aufbau eines freiheitlichen, am Gemeinwohl ausgerichteten, deutschen Staates. Das kommt auch in der Satzung zum Ausdruck, allein schon durch die Bestimmung, daß alle Überschüsse in den Haushalt von „NeuDeutschland“ einzustellen sind, und ebenso in der Verfassung wie oben geschildert.

#### **Anlage 17: Vereinsverfassung „Neudeutschland“**

Zitat: § 3 (14) Zweckbetriebe

„Der Verein ist in der Lage Zweckbetriebe zu errichten. Die Zweckbetriebe fördern die Zwecke. Der Verein benötigt und schafft diese Zweckbetriebe zur Verwirklichung seiner Zwecke. Die Gewinne dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke und andere Möglichkeiten im Sinne der AO §§ 52,53,54 verwendet werden.“

#### **Anlage 18:** Statut der NDGK

Zitat: Artikel 2 (2)

„Die NeuDeutsche Gesundheitskasse ist als staatliche Institution oder staatsähnlicher Zweckbetrieb verpflichtet, zur Finanzierung des öffentlichen Lebens von NeuDeutschland und zur Erhöhung des Allgemeinwohls sämtliche Überschüsse in den NeuDeutschen (Staats-) Haushalt einzustellen.“

Entscheidend ist hierbei die Feststellung, daß sich aus der Satzung des Vereins „Neu-deutschland“ bei der NDGK ergibt, daß der von jedem einzelnen Mitglied zu leistende „Unterstützungsbeitrag“ nicht Gegenleistung für eine diesem Mitglied versprochene Leistung ist, sondern ausschließlich den mitgliedschaftsrechtlich geschuldeten Anteil des einzelnen Mitglieds an der Verwirklichung des Gemeinschaftszweckes darstellt. Das Mitglied leistet hiernach seine Zahlungen nicht zur Deckung fremder Risiken – also nicht zur Erfüllung eines von ihr gegenüber dem einzelnen Mitglied abgegebenen Garantieversprechens, sondern um in Erfüllung ihrer autonom gesetzten und autonom wahrzunehmenden Aufgabe einen angemessenen Teil zum Aufbau eines neuen deutschen Staates zu tragen. Die Zahlungen sind demnach keine Versicherungsleistungen. Hier war demnach die Risikoübernahme, welche – nach anscheinend verbreiteter Auffassung – synallagmatisch zu der Entgeltentrichtung steht, zu verneinen. Damit ist auch kein für das VAG beachtliches Entgelt gegeben. Dies ist jedoch Bedingung für die Unterstellung des Versicherungsgeschäftes. Als Entgelt gilt nur eine Zahlung, die als Gegenleistung zu einer Risikoübernahme erfolgt. Hier wird jedoch nicht nach dem Gesetz der großen Zahl ein Risiko übernommen. Das BVerwG folgte selbst von dem Mangel des Entgeltcharakters auf den Mangel einer Risikoübernahme. Es führt zu seiner Entscheidung ferner an, daß durch die Mitgliederversammlung Monatsbeiträge und Unterstützungen jederzeit und ganz unabhängig voneinander mit Wirkung auch für bestehende Mitgliedschaften und bereits eingetretene Unterstützungsfälle anderweitig festgesetzt werden können. Das ist hier auch der Fall, so zum Beispiel für das Mitglied Sabine Meinhold, die sich nicht an den Schulungen beteiligte und bei der aufgrund der fehlenden Übernahme von Selbst- oder Mitverantwortung für die Ziele des Trägers (Herstellung einer guten Volksgesundheit) der Zahlungsbetrag durch die NDGK erhöht wurde.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, inwieweit sich das mit der Annahme, hier läge ein Entgelt vor, vereinbaren läßt. Ginge man von einem vertraglich geschuldeten Entgelt aus, so hätte das Gericht jedenfalls zu prüfen, inwieweit das – hier nicht vorliegende – Versicherungsunternehmen, den – ebenso zu verneinenden – Versicherungsvertrag gerade auch mit Wirkung für bereits bestehende Versicherungsverträge ändern kann. Aus diesen Vertragsänderungen ergeben sich in Bezug auf eine Novation des Vertrages, den Treu und Glauben-Grundsatz, sowie auch besondere Bestimmungen des Versicherungsvertragsrechts ein weiteres Argument gegen das Vorliegen eines Versicherungsunternehmens, auch wenn das VVG die Änderung von Versicherungsbedingungen grundsätzlich zuläßt.

Das Modell der NDGK aber auch der Institutionen des Königreiches Deutschland ist von dem Gedanken getragen, daß sog. „Mitglieds-Beiträge“ (im Falle der NDGK) oder die Beträge der „Staatsan- und zugehörigen“ nicht dem zahlenden „Mitglied“ oder dem „Staatsan- oder zugehörigen“ zugute kommen sollen, sondern (sozusagen schenkweise) an andere Mitglieder oder Staatsangehörige und -zugehörige geleistet werden, die Hilfe benötigen. Mitglieder der NDGK zahlen ihren Beitrag nicht als (Versicherungs-)Entgelt, genausowenig wie Staatsangehörige oder Staatszugehörige im Falle der Institutionen des Königreiches Deutschland, sondern vielmehr ihren „mitgliedschaftsrechtlich“ geschuldeten Individualanteil an der Verwirklichung des Gemeinschaftszweckes – Gesundheitspflege und Krankheitsbehandlung des Einzelnen, Schaffung einer guten Volksgesundheit und den Aufbau eines neuen deutschen Staates – leisten.

Das Bestehen der Entgeltfreiheit kommt zudem zum Ausdruck durch die Tatsache, daß die vereinsinterne Währung als „Beitrag“ gezahlt werden konnte. Eine private Währung kann nicht als Entgelt gewertet werden.

#### **4. Erheblichkeitsschwelle**

Sollte das Gericht dennoch zu der Ansicht gelangen, daß eine Versicherung i. S. d. § 1 VAG vorliegt, ist weiter die Frage, ob ein Betrieb von Versicherungsgeschäften im Sinne der Vorschrift vorliegt, zu verneinen. Mit den vorliegenden Tätigkeiten ist eine Erheblichkeitsschwelle nicht überschritten worden, ab der der bundesrepublikanische sog. „Gesetzgeber“ eine Versicherungsaufsicht für erforderlich erachtet oder das Versicherungsgeschäft erkennen will. Es ist dabei die Erforderlichkeit eines in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetriebs erforderlich. Die Erforderlichkeit bestimmt sich hierbei nach qualitativen (Art) und quantitativen (Umfang) Maßstäben unter typologischer Betrachtungsweise. In der Vergangenheit war der Umsatz, allenfalls noch der Kapitaleinsatz, ein wichtiges Entscheidungskriterium. In den 70er-Jahren nahmen die unteren Gerichte bei einer Umsatzsumme von 200.000 – 250.000 DM das Erfordernis einer kaufmännischen Betriebsweise eingerichteten Geschäftsbetriebs an. Neuere Erfordernisse rechneten diese Zahlen im Jahr 2001 auf 500.000 – 1.000.000 DM hoch, also auf ca. 250.000 – 500.000 EUR. Die Praxis entscheidet in dieser Hinsicht uneinheitlich bis widersprüchlich. Zumindest wurden diese Beträge nicht erreicht.

Auch aus diesem Grunde kann es sich nicht um Versicherungsgeschäfte handeln, da diese einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetriebs erforderlich machen, der erst an einem „Versicherungsumsatz“ von mindestens 250.000 Euro zu erkennen ist.

Zutreffend schreibt die Antragsgegnerin, daß die Ausgestaltungen einem Wandel unterlagen. Dieser wurde geleistet, um zu versuchen, einen rechtskonformen Zustand herzustellen und dabei gleichzeitig die Aufbauarbeit weiter zu leisten. Wir brachten, nachdem Wir zweifelsfrei erkannt hatten, daß die BaFin nicht an der Herstellung eines rechtskonformen Zustandes bei Beibehaltung der Aufbauarbeit einer neuen Gemeinschaft interessiert war, zum Ausdruck:

*„Nichts wird bewirken, daß Wir Unsere Tätigkeiten einstellen, auch Sie werden das nicht erreichen.“*

Gemeint waren damit die Tätigkeiten des Aufbaus einer fortschrittlicheren menschlichen Gemeinschaftsform. Gemeint war nicht das Betreiben erlaubnispflichtiger Bank- und/oder Versicherungsgeschäfte nach dem KWG oder VAG, die es in Unserer Struktur ohnehin nicht gibt.

Wenn die BaFin meint, Wir wären „Hintermann“ der Tätigkeiten, dann ist dies in der Weise richtig, daß Wir die Rahmen für die Tätigkeiten (NeuDeutschland und den Staat Königreich Deutschland) schufen. Die einzelnen Institutionen haben jedoch eigenverantwortlich arbeitende Mitarbeiter, die Fehler machen und auch dadurch lernen dürfen, denen Wir Vorschläge und Angebote machen, die jedoch selbst innerhalb des Rahmens der Verfassung entscheiden dürfen. Wir schreiten nur ein, wenn das Gesamte in Gefahr geraten könnte.

Wenn die Antragsgegnerin anführt, daß der Ausschluß eines Rechtsanspruches unwirksam da überraschend ist, dann geht sie wohl von einem unverständigen oder minderbemittelten Menschen vom Verstande aus. Die gängige Rechtsprechung geht jedoch davon aus, daß der „durchschnittliche“ Mensch in der Lage ist, Textinhalte derartiger Abreden zu verstehen und einen Sinnzusammenhang und die Auswirkung zu erkennen.

Daß die „Kunden“ ihre „Verträge“ erfüllt haben wollen, wie die BaFin schrieb, kann wohl kaum als Beweis für einen Rechtsanspruch für die (angeblich selbständigen) Verträge der NDGK gelten. Die Mitglieder erhalten Sach- und Unterstützungsleistungen, und aus dem hauptsächlichsten Grunde des gemeinsamen Wunsches zur Erreichung der Ziele des Trägers (Aufbau eines souveränen deutschen Staates) vereinten sie sich in der NDGK.

Und wenn die Antragsgegnerin auf Seite 9 ihres Schreibens anführt, daß die gesicherte Abdeckung von Großschadensfällen ein Beweis für die Selbständigkeit der Nebenabrede sein soll, dann kann das nicht nachvollzogen werden. Eine Unterstützungskasse wie die NDGK wäre keine sinnvolle Unterstützung, wenn sie ohne Leistungsfähigkeit wäre. Es kann kein Grund erkannt werden, warum denn eine Unterstützungskasse weniger leistungsfähig als eine übliche Versicherung sein solle und warum sie Großschadensfälle nicht abdecken sollte.

Wenn die Antragsgegnerin unter II. 2. cc auf Seite 9 ihres Schreibens behauptet, daß sich für den sog. „Abwickler“ das Recht ergeben solle, Verfügungen über die Gegenstände der Antragstellerin zu treffen, dann trifft dies nur zu, **nachdem** der Abwickler zunächst den aktuellen Umfang der angeblich existierenden Versicherungsgeschäfte geprüft hätte.

Hätte er geprüft, dann hätte er festgestellt, daß es gar keine derartigen Geschäftstätigkeiten gibt. Eine Prüfung fand hier aber gar nicht statt. Stattdessen gab der Abwickler die Unterlagen, ohne sie zu sichten oder zu prüfen, an die sog. „Steuerfahndung“ ab. Er hätte bei einer Prüfung zweifelsfrei festgestellt, daß hier weder unerlaubte erlaubnispflichtige Versicherungsgeschäfte, noch erlaubnispflichtige Bankgeschäfte getätigt worden sind.

Der Abwickler hätte gemäß der sog „Bescheide“ der Antragsgegnerin lediglich eventuell bestehende „Versicherungsverträge“ kündigen können und **gegebenenfalls** Verfügungen über Vermögenswerte zu treffen ... wie Sie selbst zutreffend schreiben.

Es gab aber keine Versicherungsverträge, die er hätte kündigen können, und er hat bis heute auch noch kein Mitglied von NeuDeutschland oder einen Staatszugehörigen oder Staatsangehörigen des Königreiches Deutschland angeschrieben, da es keine unerlaubten Bank- oder Versicherungsgeschäfte gibt.

Zur Vermeidung von Wiederholungen verweisen Wir auf Unser 262-seitiges Schreiben.

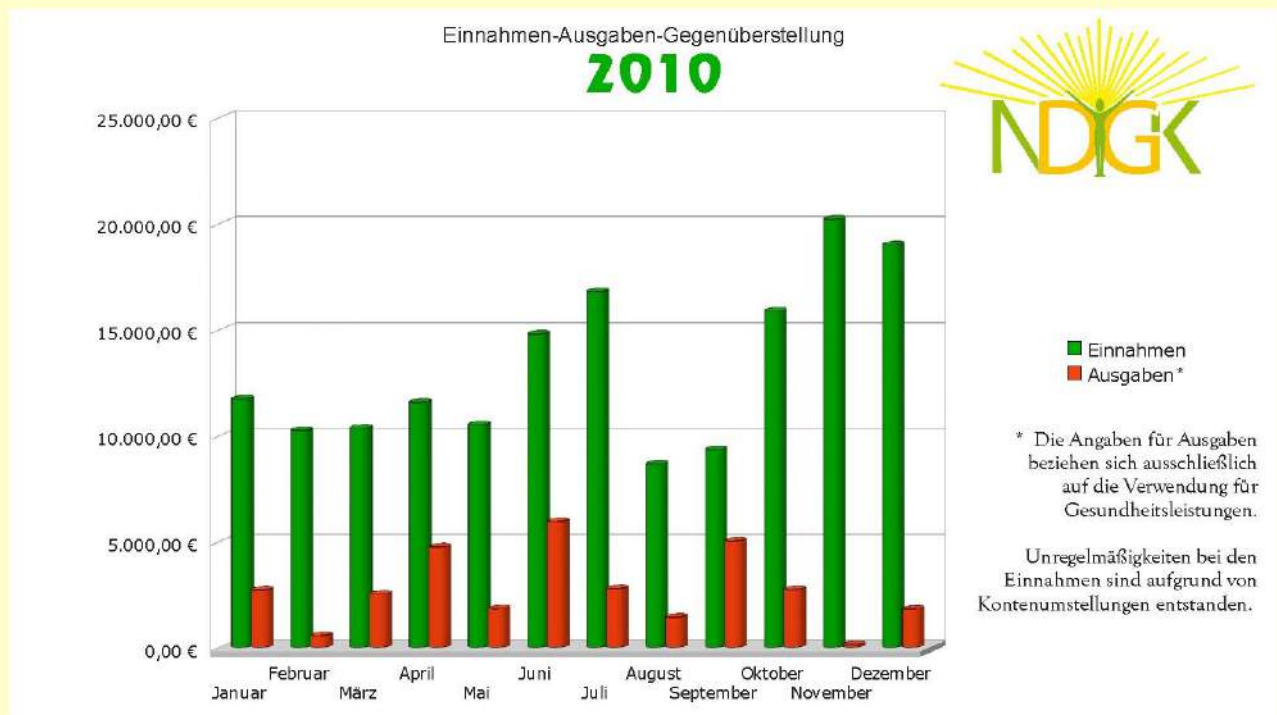
Am Fehlen dieser Bank- und Versicherungstätigkeiten ergibt sich auch die Nichterfordernis einer Stellungnahme zu den weiteren Ausführungen der Antragsgegnerin.

Zudem bestehen keine Anlegerschutzinteressen bei den Kapitalüberlassern. Diese gaben ihr Kapital mit dem Ziel und zum Zwecke, den Aufbau eines neuen Gemeinschaftssystems zu leisten.

Auch die Mitglieder der NDGK oder die Staatszu- und Staatsangehörigen der Institutionen des Königreiches Deutschland haben keinerlei Schaden erlitten, ja sie haben eine preiswertere Absicherung als in den meisten Krankenversicherungen und Krankenkassen bei mehr Leistungsspektrum erhalten, übernehmen die Einrichtungen doch auch die Kosten wirksamer alternativer Heilverfahren. Zudem leistet die Einrichtung das, was im §1 des SGB V zu finden ist, von den Krankenkassen der BRD aber kaum geachtet wird.

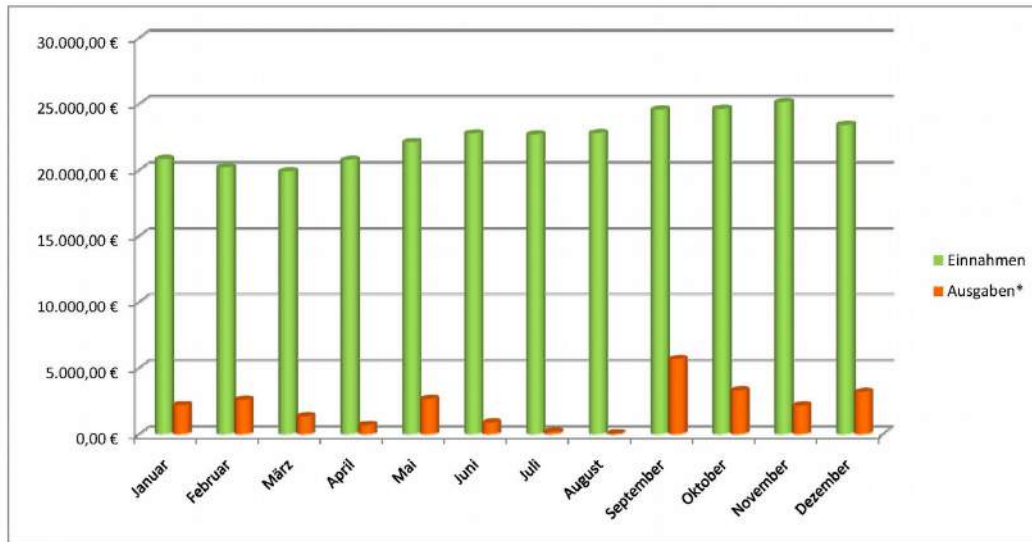
Das zeigt sich vor allem in der Statistik der Einrichtung. Hat es doch seit Bestehen noch keinen einzigen Krebsfall bei ALLEN Mitgliedern gegeben. Das dürfte wohl ein einmaliges Ergebnis sein und es ist auf die gute Vorsorge und die kostenfreien Schulungen der Abgesicherten durch die NDGK zurückzuführen. Auch die Deutsche Gesundheit arbeitet nach dem gleichen Prinzip.

Die folgenden exemplarischen Einnahmen-Ausgabenstatistiken belegen die Solidität der Gesundheitseinrichtung und Wirksamkeit der Maßnahmen zur Gesunderhaltung.



**Mit den Überschüssen der NDGK-Beiträge konnten folgende Projekte realisiert werden:**  
Schauen Sie dazu auf die Folgeseiten.

### Einnahmen-Ausgaben-Gegenüberstellung Januar – Dezember 2011



\* Die Angaben für Ausgaben beziehen sich ausschließlich auf die Verwendung für Gesundheitsleistungen.

Die Ausgaben für Gesundheitsleistungen beliefen sich im Jahr 2011 auf ~10%.

Wenn die Antragsgegnerin behauptet, daß Sie förmliche Maßnahmen an alle Beteiligten richten könne, die Bank- und Versicherungsgeschäfte ohne die erforderliche Erlaubnis betreiben, oder die in solcherlei unerlaubte Geschäfte einbezogen sind, dann wäre das noch nachvollziehbar, wenn es sich um gewerbliche Geschäfte handeln würde, wenn es diese Geschäfte dann auch tatsächlich gäbe, wenn die Maßnahmen vom Gesetzgeber gedeckt und sie einer richterlichen Prüfung unterliegen würden, wenn die Gesetze von einem auf grundgesetzkonforme Weise gewählten sog. „Bundestag“ beschlossen worden wären, wenn die BaFin nicht eine privat kontrollierte, sich selbst ermächtigende Scheinbehörde wäre, die die Bewahrung der Lohnsklaverei als Aufgabe hätte, wenn der Euro eine gesetzliche Währung und diese nicht nur Kunstgegenstände wären und wenn die Antragsgegnerin eine Anhörung oder auch die Ankündigung der Maßnahmen an die korrekte Adresse gesendet hätte, wie Sie das im Falle des angeblich einbezogenen Vereins „Ganzheitliche Wege e.V.“ eben nicht tat. Zudem hat die BaFin ihre „Maßnahmen“ willkürlich am Ort des Geschehens auf völlig unbeteiligte Privatpersonen ausgedehnt.

Auch der Verein „Ganzheitliche Wege e.V.“ ist aufgrund der Behauptung der BaFin Einbezogener angeblich getätigter unerlaubter erlaubnispflichtiger Geschäfte.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht bezog sich in dem Falle in ihrem sog. „Bescheid“ (Bescheidentwurf) vom 26.11.2014 auf ihren nicht zugestellten sog. „Bescheid“ vom 20.10.2014, um ihre Maßnahmen zu rechtfertigen.

Da der sog. „Bescheid“ mit einer falschen Postleitzahl versehen war, kam dieser dem Vorstand des Vereins nicht zur Kenntnis. In dem hier folgenden Schreiben der BaFin bestätigt die BaFin selbst die Tatsache, daß Schreiben mit falscher Postleitzahl nicht zugestellt wurden. Die BaFin stellte nochmals zu und (obwohl in dem Falle auch eine falsche Adresse angegeben war) in dem Falle erreichte die Post den Verein.

**Beweis:** Schreiben der BaFin vom 23.02.2015 (s. **Anlage 19**)

Der Verein stellte bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, aufgrund der sehr verspäteten Kenntnisnahme des sog. „Bescheides“ am 11.12.2014, einen Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand.

**Anlage 20:** Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand vom 11.12.2014

Die BaFin entgegnete daraufhin im Schreiben vom 20.05.2015 (s. **Anlage 21**)

*„Die Vorschriften des § 32 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) sind ungeachtet eines etwaigen Vorliegens der dort normierten weiteren Voraussetzungen grundsätzlich lediglich bei Verhinderung des Einhaltens gesetzlicher Fristen anwendbar, nicht indes bei von Behörden gesetzten Fristen.“*

Damit behauptet die BaFin, daß auch ihre dem Verein gar nicht zugegangenen Schreiben Wirksamkeit haben würden.

Wenn die Antragsgegnerin ausführt, daß sie mit ihrer Maßnahme die Grenzen der Verhältnismäßigkeit gewahrt habe, dann sei hier dazu ausgeführt, daß die BaFin bei ihren illegalen Razziaaktionen schon öfters gemeinsam mit anderen Institutionen zusammen arbeitete und dabei, das Übermaßverbot mißachtend, die Grenzen der Verhältnismäßigkeit schwer verletzte.

Dies geschah auch ohne daß diese „Behörden“ überhaupt einen Durchsuchungsbeschluß hätten.

Die BaFin führt hier die sog. „Steuerfahndung“ an:

*„Die Grenzen der Verhältnismäßigkeit sind, anders als es die Antragstellerin vorträgt, in der Verfolgung vom 26.11.2014 gewahrt. Soweit die Antragstellerin die Mitnahme von Gegenständen moniert, darf nicht aus dem Blick fallen, dass solche ausweislich der Dokumentation in ihrer Antragschrift vom 06.03.2015 auch von anderen Behörden sichergestellt worden sind, namentlich der Steuerfahndung des Finanzamtes Halle.“*

Zum Beweis der Tatsache, daß es sich bei den Razziaaktionen der BaFin in Verbindung mit der sog. „Steuerfahndung“ um das Wirken einer kriminellen Vereinigung handelt, sei hier eine Liste der Einsatzkräfte aufgeführt, die bei der Aktion mitwirkten. Es sei darauf hingewiesen, daß es dafür **KEINEN** richterlichen Durchsuchungsbeschluß gab. Dadurch wurden mehrere Staatbestände erfüllt. Da wären zum Beispiel Hausfriedensbruch, Landfriedensbruch, bewaffneter schwerer Raub, Körperverletzung, Falschaussage im Amt ...

**Beweis:** Liste der Einsatzkräfte vom 24.04.2013

PD Sachsen-Anhalt Ost  
ZKR/ 3.FK  
Kühnauer Str. 161  
06846 Dessau

Durchsuchung i. R. d. Amtshilfe für die BaFin - am 25.04.2013  
Meldezeit/Meldeort: 09:00 Uhr, Polizeirevier Wittenberg

ZKB Führungsgruppe: KOK Falkenthal, Tel. 0340 / 6000 - 301

OBJEKT	KRÄFTE BaFin/BBK	RUF	Kräfte PD Ost	Einsatzmittel
P14 „Staatskanzler“ Pestalozzistr. 14 (WWest)	Muenzer Taub Gohr Müller B	0160/97227388	KOK'in Brezing, ZKB, FK 3 KOK'in Herrmann, ZKB, FK 3 KK' in Halle, ZKB, FK 3 Frau Hohmann, FK 3 - Buchpr.	1 PKW - FK 3 / ABI-GC 629 (Delta 93/31) 0173 / 246 57 90
H16 „Krankenhaus“ Heuweg 16 (WWest)	L. Kammiller Steckner Roeder	0160/96901855	KOK Flüge, ZKB, FK 3 KOK'in Müller, ZKB FK 5	1 PKW - FK 5 / WB-AL 153 (Delta 95/31) 0170 / 969 98 03
B6 Am Bahnhof 6 (Reinsdorf)	Milschke Thielemann	0175/4343590	KOK Gebhardt, ZKB, FK 3 KHM Hartenstein, RKD WB	1 PKW - FK 3 / DE-PK 732 (Delta 93/30) 0174 / 560 44 38
B4/5 Seminarzentrum Am Bahnhof 4-5 (Reinsdorf)	Koch Tröbst Biermann BBK-B	0160/96901871 0175/4339951	KHM'in Schwabe, ZKB, FK 3 KHM Schlechtiger, RKD WB KHM Widmann	PKW über B 6 (Delta 91/20) 0172 / 385 77 81
S29 „Engelswelten“ Schloßstr. 29 (Zentrum)	Blum Müller M	0175/4345313	KHK Mauseh, RKD WB KHM Schaefer, RKD WB	1 PKW - RKD WB / ABI-FN 371 (Witta 13/33) 0170 / 560 01 63
C7 „Ganzheitliche Wege“ Coeswigerstr. 7 (Zentrum)	D. Kammiller Abtmeyer	0175/4320177	KOK Meißner, RKD WB KHM Pothke, RKD WB	1 PKW - RKD WB / WB-AL 259 (Witta 13/35) 0174 / 594 60 94
G13 Mutter/alter Wohnsitz Gartenstr. 13 (Mudersdorf)	Knoche Gerdsmeyer	0175/4344721	KHK'in Müller, ZKB, FK 3 KOK Nestroy, ZKB, FK 3 KOK Gleichmann, ZKB, FK 1 KHM Hartmann, ZKB, FK 1	1 PKW Fahndung / ABI-SH 741 (Delta 90/09; Delta 90/02) 0173 / 246 57 95 01520 / 360 55 39
J11 Mietobjekt Jurtenstr. 11 (Zentrum)	Berulava Mal	0175/4339653	KHK Westerkamp, ZKB, ZA	1 PKW - ZA / ABI-CL 524 (Delta 90/14) 0172 / 385 77 82

L32 Mietobjekt Lutherstr. 32a (Zentrum)	Marx Schmatulla ← 7 Pakete	0175/4344518	KOM Kupillas, ZKB, FK 1	1 PKW - FK 2 / WB-CD 134 (Delta 91/30)
M7 Mietobjekt Mittelstr. 7 (Zentrum)	Kempel Raschke	0175/4341479	KK Schröder, ZKB, FK 5,	0177 / 311 77 19 1 PKW - FK 5 / ABI-LE 216 (Delta 95/30)
M53 Mietobjekt Mittelstr. 53 (Zentrum) Expon	Stevens Weber	0175/4345323	KK Lehmann, RKD WB	01520 / 360 13 77 PKW über M7
Reserve	Vogt Genterzowsky	0151/17382056		0173 / 416 95 43
5 Kfz Bafin (28 Pax max) 1 Kfz BBK-NDS BBK-NRW				

weitere Kräfte:

4 Beamte ZKB - FK 1 (ADVG)

KOK Rau und KHM Hursie - 0172 / 385 77 81

KHK Müller und KHM Buchholz - 0178 / 629 91 52

6 Kräfte - Steuerungsführung Halle

Herr Spindler - 0151 / 188 677 01

Erreichbarkeiten:

PR Wittenberg: 03491 / 469 -0

PR Wittenberg, Leiter RKD: 03491 / 469 -370

Ordnungsamt WB: 03491 / 421 -0

Lu. Wittenberg, 25.04.2013

**Protokollierte Aussage anl. der Durchsuchung Pestalotzstr. 14, 06886 Lu. Wittenberg**

Rechtsanwalt  
Schumann, Rico

Während der Durchsuchungsmaßnahme drängte sich mir der Verdacht auf, dass Personen von der **Steuerfahndung** anwesend sind.

Ich sprach den Einsatzleiter der BaFin Herrn Muenzer daraufhin an und forderte ihn auf, dass sämtliche Personen der Steuerfahndung das Haus zu verlassen haben, da vom Durchsuchungsbeschluss nicht gedeckt.

Der Herr Muenzer versicherte mir sodann, dass keine Personen von der Steuerfahndung anwesend sind.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum, Unterschrift

PM Mölle, PM Mölle  
aufnehmender Beamter/Unterschrift

**Beweis:** Nichteinhaltung gegebener Fristen, Richter Zahn



**Amtsgericht Dessau-Roßlau**

Postanschrift:  
Amtsgericht, Postfach 1821, 06815 Dessau-Roßlau  
11 Gs 228/13 (155 AR 14769/11)

Rechtsanwalt  
Rico Schumann  
Lindenstr. 24  
18465 Tribsees

**Dienstgebäude**  
Willy-Lohmann-Str. 33  
06844 Dessau-Roßlau

Ihr Zeichen  
Ihre Nachricht

29/13  
**0725S13**

☎ Vermittlung 0340 202 0  
☎ Durchwahl 0340 / 202 1318  
Telefax 0340 / 202 1214

**Datum** 22.05.2013

**Geschäftsnummer** (bitte stets angeben)

**11 Gs 228/13 (155 AR 14769/11)**

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt Schumann,

**in dem Ermittlungsverfahren**

**gegen Peter Fitzek**

liegen die Akten (5 Bände) für drei Tage zur Einsichtnahme an.

Die beantragte Fristverlängerung wird gewährt.

**F: 13.06.13**

Es wird um Entrichtung der Auslagenpauschale von 12,00 € gebeten (§ 5 Abs. 1 JVKostO; Nr. 9003 KVGKG, § 137 Nr. 3 KostO; Nr. 2003 KV FamGKG).

Geben Sie bitte bei der Überweisung bzw. Einzahlung ausschließlich  
**Verwendungszweck: 1406-421582-5 11 Gs 228/13 (155 AR 14769/11)**  
an. Einzahlungen mit zusätzlichen oder abweichenden Angaben können nicht ordnungsge-  
mäß gebucht werden und verursachen Ihnen und uns unnötige Mühen und Kosten. Der  
Rechnungsbetrag kann auch durch Gerichtskostenstempler entrichtet werden.

Mit freundlichen Grüßen  
Auf Anordnung

Reza  
Justizangestellte

Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt  
und ist ohne Unterschrift gültig.

Bankverbindung: Konto-Nr.: 810 015 88 bei der Deutsche Bundesbank, Filiale Magdeburg (BLZ 810 000 00)  
International: DE21 8100 0000 0081 0015 00BIC/SWIFT MARKDEF1810  
Sprechzeiten: Montag bis Freitag 8.30 - 12.00 Uhr Dienstag zusätzlich von 14.00 - 17.00 Uhr  
Parkmöglichkeiten: Justizparkplatz  
Öffentliche Verkehrsmittel:

## Ausfertigung

Amtsgericht Dessau-Roßlau  
11 GS 228/13  
155 AR 14769711

Dessau-Roßlau, den 5.6.13

### Beschluss

In dem Ermittlungsverfahren

gegen

Peter Fitzek, geboren am 12.8.1965 in Halle/Saale,  
Wohnsitz unbekannt  
abgemeldet am 18.3.2011 in die Schweiz  
Geschäftsanschrift: Coswiger Straße 7, 06886 Wittenberg

wegen Verstoßes gegen das Versicherungsaufsichtsgesetz

wird

1.

der Pfändungsbeschluss der Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau vom 5.4.2013  
aufrechterhalten

2.

die Beschlagnahme der Vermögenswerte gemäß Protokoll vom 25.4.2013 zur laufenden Nr. 1 bis 16 und gemäß weiterem Protokoll vom 25.4.2013 zur laufenden Nr. 1 (Bl. 7-13 Band 5 der Ermittlungsakte) bestätigt.

### Gründe:

Das Gericht hat mit Beschlüssen vom 29.11.2012 und 30.11.2012 dingliche Arrestbeschlüsse hinsichtlich des Vermögens des Beschuldigten und des Vermögens des Ganzheitliche Wege e. V. erlassen.

Mit Beschluss vom 5.4.2013 wurde die Pfändung des Fahrzeugs BMW 5er, Fahrgestellnummer: WBANX91090C1145529 angeordnet.

Hiergegen hat der Verteidiger des Beschuldigten mit Schriftsatz vom 13.5.2013 Rechtsmittel eingelegt und vorgetragen, dass die Pfändung zu Unrecht erfolgt sei, da das Fahrzeug nicht im Eigentum des Beschuldigten, sondern im Eigentum des Vereins Ganzheitliche Wege e. V. gestanden habe.

Der Pfändungsbeschluss war aufrecht zu erhalten, da auch gegen den Verein Ganzheitliche Wege e. V. ein dinglicher Arrest in Höhe von 178.440,34 € erlassen wurde. Insofern wirkt der Pfändungsbeschluss der Staatsanwaltschaft auch gegen den vorstehenden Verein.

Die Beschlagnahme der vorstehenden Vermögensgegenstände durch die Polizei war richterlich zu bestätigen, da diese für das Finanzermittlungsverfahren verwertet werden können.

Zahn  
Richter am Amtsgericht



Zur besseren Lesbarkeit der Einsatzkräfte-Liste wird hier nochmals eine Abschrift geliefert:

Objekt	KRÄFTE BaFin/BBK	RUF	Kräfte PD Ost	Einsatzmittel
P14 „Staatskanzler“ Pestalozzistr. 14 (WWest)	Muenzer Taube Gohr Müller B	0160/97227388	KOK'in Brezing, ZKB, FK 3 KOK'in Hermann, ZKB, FK 3 KK'in Helle, ZKB, FK 3 Frau Hohmann, FK 3 – Buchpr.	1 PKW – FK 3 / ABI- GC 629 (Delta 93/31)  0173 / 2465790
H16 „Krankenhaus“ Heuweg 16 (WWest)	L. Kammler Steckner Roeder	0160/96901855	KOK'in Flügge, ZKB, FK 3 KOK'in Müller, ZKB, FK 5	1 PKW – FK 5 / WB- AL 153 (Delta 95/31)  0170 / 9699803
B6 Am Bahnhof 6 (Reinsdorf)	Mitschke Thielemann	0175/4343590	KOK'in Gebhardt, ZKB, FK 3 KHM Hartenstein, RKD WB	1 PKW – FK 5 / DE-PK 732 (Delta 93/30)  0170 / 9699803
B4/5 Seminarzentrum Am Bahnhof 4-5 (Reinsdorf)	Koch Tröbst Biermann BBK-B	0160/96901871 0175/4339951	KHM'in Schwabe, ZKB, FK 3 KHM'in Schlechtiger, RKD WB KHM'in Widmann	PKW über B6 (Delta 91/20) 0172/3857781
S29 „Engelswelten“ Schloßstr. 29 (Zentrum)	Blum Müller M	0175 / 4345313	KHK Mauscher, RKD WB KHM Schaefer, RKD WB	1 PKW – RKD WB / ABI-FN 371 (Witta 13/33)  0170 / 560 01 63
C7 „Ganzheitliche Wege“ Coswigerstr. 7 (Zentrum)	D. Kammler Abtmeyer	0175/4320177	KOK Meißner, RKD WB KHM Pöthke, RKD WB	1 PKW – WB / WB-AL 259 (Witta 13/35) 0174 / 594 60 94
G13 Mutter/alter Wohnsitz Gartenstr. 13 (Nudersdorf)	Knoche Gerdsmeyer	0175/4344721	KHK'in Müller, ZKB, FK 3 KOK Nestroy, ZKB, FK 3 KOK Gleichmann, ZKB, FK 1 KHM Hartmann, ZKB, FK 1	1 PKW Fahndung / ABI-SH 741 (Delta 90/09; Delta 90/02) 0173 / 2465795 01520 / 360 5539
J11 Mietobjekt Juristenstr. 11 (Zentrum)	Berulava Mai	0175/4339653	KHK Westerkamp. ZKB, ZA	1 PKW – ZA ABI-CL 524 (Delta 90/14) 0172 / 385 77 82
L32 Mietobjekt Lutherstr. 32A (Zentrum)	Marx Schmatulla	0175/4344518	KOM Kupillas, ZKB, FK 1	1 PKW – FK 2 / WB- CD 134 (Delta 91/30) 0177 / 311 77 19
M7 Mietobjekt Mittelstr. 7 (Zentrum)	Kempel Raschke	0175/4341479	KK Schröter, ZKB, FK 5,	1 PKW – FK 5 / ABI- LE 216 (Delta 95/30) 01520 / 360 13 77
M53 Mietobjekt Mittelstr. 53 (Zentrum)	Stevens Weber	0175/4345323	KK Lehmann, RKD WB	PKW über M7 0173 / 416 95 43
Reserve	Vogt Genterczewsky	0151/17382056		
5 KFZ BaFin (28 Pax max) 1 KFZ BBK-NDS BBK- NRW				

weitere Kräfte:

4 Beamte ZKB – FK 1 (ADVG)  
KOK Rau und KHM Hursie – 0172 / 385 77 81  
KHK Müller und Buchholz – 0178 / 629 91 52

6 Kräfte – Steuerfahndung Halle  
Herr Spindler – 0151 / 188 677 01

Erreichbarkeiten: PR Wittenberg: 03491 / 469-0, PR Wittenberg, Leiter RKD: 03491/ 421-0, Ordnungsamt WB: 03491 / 421-0

Wir erstatten hiermit **Anzeige** dieser Straftaten bei Gericht und erwarten die **strafrechtliche Verfolgung der Straftäter**. Möge die sog. „Staatsanwaltschaft“ ihrer Aufgabe nachkommen.

Derartige Kriminelle, die in Uniform legal tätige Organisationen und Menschen überfallen, die Räumlichkeiten ohne Durchsuchungsbeschluß durchsuchen, die auch ohne Protokollierung Gegenstände mitnehmen, die Uns von ca. 8 Bundespolizisten in einem engen Raum während der illegalen Aktion zu Boden ringen ließen, ohne daß Wir Uns gegen irgendeine sog. „Maßnahme“ wehrten, die Uns verletzten, Uns mit festgezogenen Handschellen auf dem Rücken während der gesamten Razziaaktion in einen Raum sperren, die zudem vorher mit einem gefakten Haftbefehl der Staatsanwaltschaft Dessau (der schon nach ca. 10 Minuten aufflog), den diese sich selbst ohne richterliche Mitwirkung ausgestellt hatte, versuchte den Unterzeichner abzutransportieren und zu inhaftieren, einer derartigen Organisation von Kriminellen ist nicht zu vertrauen. Der kann auch nicht erlaubt werden, weiter tätig zu sein. So verstehen Sie auch Unsere obigen Aussagen zur „Kaltstellung“ dieser kriminellen Organisation.

Wir bekräftigen hiermit das Begehren nach einer

### **Untersagungs-/Unterlassungsverfügung**

gegen die BaFin und auch gegen andere Mitbeteiligte in Uniform. Diesen sollen gerichtlich untersagt werden, Uns anzuschreiben, Unsere Gelände zu betreten oder Uns und alle Beteiligten in irgendeiner anderen Weise weiter schikanieren oder belästigen zu dürfen.

Dies ist erforderlich, um weitere illegale Maßnahmen dieser sog. „Behördenmitarbeiter“ zu unterbinden und alle Beteiligten gegebenenfalls strafrechtlich verfolgen zu können.

Wenn die Antragsgegnerin behauptet, Wir würden versuchen

*„die ... bekämpfte Rechtsordnung auszutricksen“*

dann ist das falsch. Wir bekämpfen weder die Rechtsordnung noch wollen Wir sie austricksen. Unser Bestreben war und ist immer noch, eine rechtskonforme Lösung zur Erneuerung der sich immer weiter zersetzenden Ordnung friedlich umzusetzen und bedrohte Systemstrukturen auf legale Weise durch gemeinwohlförderlichere Strukturen zu ersetzen. Nichts anderes treibt Uns an. Wir wollen die Konflikte, welche durch selbstzerstörerische Systeme auf der Erde vorherrschen und immer weiter zunehmen, beenden helfen.

Sehr wohl standen der Antragsgegnerin mildere Mittel zur Verfügung. Ausweislich des letzten Abschlußberichtes des Abwicklers (bereits Teil Unserer gelieferten 262-seitigen Ausführungen) kooperieren Wir sehr wohl bei begründetem Verdacht oder tatsächlichen Rechtsverletzungen. Wir sind ja an einer Heilung ev. bestehender Verletzungen angewandeter Rechtsvorschriften und an einer Richtigstellung sehr interessiert. Das beweisen auch Unsere zahlreichen Anfragen zu banken- und versicherungsaufsichtsrechtlichen Stellungnahmen. Wir sind immer an einer rechtskonformen Lösung bei Beibehaltung Unserer Erneuerungsbemühungen interessiert gewesen und sind es noch.

Wenn die Antragsgegnerin weiter ausführt, daß Unser Antrag abzulehnen sei, weil kein überwiegendes Interesse an der Anordnung bzw. der Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung bestünde und dies sich auch nicht auf eine unzumutbare Härte stützen könne, dann verkennt die Antragsgegnerin hier wiederum, daß

1. keine erlaubnispflichtigen Tätigkeiten durch die Rechtsschutzbegehrenden getätigt wurden und werden und es somit auch keine Verpflichtung zu einer „Rückabwicklung“ gibt,
2. die Antragsgegnerin, auch in Verbindung mit anderen Behörden, erwiesenermaßen nicht rechtskonform handelte und lediglich eine Zerschlagung legaler Strukturen bewirken will,
3. die Antragsgegnerin bewußt falsche Auskünfte erteilte (s. Schreiben der BaFin vom 24.02.2015, 04.03.2015 und 24.03.2015 in **Anlage 22, 23 und 4**, die Anfragen dazu finden Sie in **Anlage 5**,
4. alle Beteiligten ihrer Existenz beraubt worden sind,
5. die Mitglieder der Kassen im Falle von Großschadensfällen oder lebensbedrohlichen Ereignissen durch eine fehlende Absicherung oder gehemmte Leistungsfähigkeit eine Gefahr für Leib und Leben fürchten müssen.

Die Eilbedürftigkeit Unseres Antrages ergibt sich des Weiteren aus folgender Tatsache: Herr Frank Dreier wechselte von einer privaten Krankenkasse zur Deutschen Gesundheit. Bei der privaten Krankenkasse handelt es sich um die Union Krankenversicherungs AG, Peter-Zimmer-Str. 2 in 66099 Saarbrücken (kurz: UKV). Nach fristgerechter Kündigung der Versicherung bestätigte die UKV mit Schreiben vom 04.11.2014 den Wechsel von Herrn Dreier zur Deutschen Gesundheit zum 01.01.2015 (siehe nächste Seite).

Mit Schreiben vom 13.01.2015 widerrief die UKV ihre Bestätigung des Wechsels zur Deutschen Gesundheit unter Zuhilfenahme einer „Verlautbarung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) vom 10.10.2013 - Informationen für Versicherte der NeuDeutschen Gesundheitskasse (NDGK)“ (siehe Schreiben der UKV vom 13.01.2015 ab Seite 59). Zwar ist Herr Dreier nicht bei der NeuDeutschen Gesundheitskasse abgesichert, sondern bei der Deutschen Gesundheit; gleichwohl begründet die UKV damit ihren Widerspruch zur Kündigungsbestätigung. Die Argumentation lautet wie folgt:

*„Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat Herrn Peter Fitzek (Gründer der NDGK), mit Bescheid vom 16. Juli 2013 das Betreiben von Versicherungsgeschäften untersagt, da er nicht die hierfür erforderliche Erlaubnis nach dem Gesetz über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz – VAG) hat.*

...

*Die sog. Mitgliedschaft in der NDGK begründet für sich genommen – **nach Auffassung der BaFin** – keinen anderweitigen Anspruch auf Absicherung im Krankheitsfall im Sinne des § 5 Abs. 1 Nr. 13 SGB V und keinen vergleichbaren Anspruch im Sinne des § 193 Abs. 3 VVG, die als solche Ausnahmen zu den vorgenannten Versicherungspflichten darstellen. **Diese Frage kann von der BaFin nicht verbindlich entschieden werden; dies sei Sache der Gerichte.**“*

Unter Berufung auf die unzutreffende Auffassung der BaFin versucht die UKV die bereits vollzogene Kündigung des Versicherungsvertrages zu widerrufen. Die BaFin selbst bestätigt

mit Bescheid vom 16.07.2013 (s. **Anlage 6**), daß die endgültige Entscheidung, daß die NDGK (ebenso wie die Deutsche Gesundheit) eine anderweitige Absicherung im Krankheitsfall ist, die Gerichte zu entscheiden haben.

E: 10.11.2014



Herrn Dr.  
Frank Dreier

Ihre Kundenbetreuung  
Telefon: (06 81) 8 44-70 00  
Telefax: (06 81) 8 44-25 09  
04.11.2014

Versicherungsnummer: [REDACTED]

Sehr geehrter Herr Dr. Dreier,

vielen Dank für Ihre Antwort - da wir jetzt alle erforderlichen Unterlagen haben, können wir Ihnen heute bestätigen:

Ihre Krankheitskostenvollversicherung, die Pflegepflichtversicherung und das Krankenhaustagegeld enden zum 31.12.2014.

Die Alterungsrückstellungen stellen kein individuelles Guthaben dar. Somit ist auch keine Auszahlung möglich. Bitte haben Sie hierfür Verständnis.

Haben Sie noch Fragen? Dann rufen Sie uns an. Wir helfen Ihnen gerne weiter.

Freundliche Grüße  
Union Krankenversicherung  
Aktiengesellschaft

Ansprechpartner und Betreuer für diesen Vertrag ist:

Ihr UKV-Service-Team ist montags bis freitags von 8.00 Uhr bis 19.00 Uhr für Sie da.



400000 05.2009

Union Krankenversicherung  
Aktiengesellschaft  
Postanschrift:  
Peter-Zimmer-Str. 2, 66099 Saarbrücken  
Telefon (06 81) 8 44-0, Telefax (06 81) 8 44-25 09  
www.ukv.de  
E-Mail: Service@ukv.de

Vorstand:  
Dr. Harald Benzling (Vorsitzender),  
Manuela Kiechle, Wolfgang Reif  
Vorsitzender des Aufsichtsrats:  
Friedrich Schubring-Giese  
Handelsregister: HRB 7184  
Sitz: Saarbrücken

Konto Union Krankenversicherung:  
SaarLB  
IBAN DE21 5905 0000 0007 9000 04  
BIC SALADE55  
Gläubiger-ID: DE69UKV00000157419  
Versicherungsteuer-Nr.: 9116/814/09388  
Umsatzsteuer-ID-Nr.: DE138118055  
(Versicherungsbeiträge sind umsatzsteuerfrei)

Union Krankenversicherung Aktiengesellschaft  
Postfach 111111, 66099 Saarbrücken  
Telefon (06 81) 8 44-0, Telefax (06 81) 8 44-25 09  
www.ukv.de



Finanzgruppe

Herrn  
Dr. Frank Dreier

Ihre Kundenbetreuung  
Telefon: (06 81) 8 44-70 00  
Telefax: (06 81) 8 44-25 09

13.01.2015

Versicherungsnummer: [REDACTED]  
Widerruf unserer Kündigungsbestätigung vom 04.11.2014

Sehr geehrter Herr Dr. Dreier,

hiermit widerrufen wir unsere Kündigungsbestätigung vom 04.11.2014 und führen Ihren Versicherungsvertrag über den 31.12.2014 hinaus unverändert weiter.

Wir stützen uns hierbei auf die Verlautbarung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) vom 10.10.2013 - "Informationen für Versicherte der NeuDeutschen Gesundheitskasse" (NDGK). Hierzu folgende Auszüge:

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat Herrn Peter Fitzek (Gründer der NDGK), mit Bescheid vom 16. Juli 2013 das Betreiben von Versicherungsgeschäften untersagt, da er nicht die hierfür erforderliche Erlaubnis nach dem Gesetz über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz - VAG) hat.

Für alle Personen mit Wohnsitz oder ständigem Aufenthalt in Deutschland, die der privaten Krankenversicherung zuzuordnen sind, besteht gemäß § 193 Abs. 3 Versicherungsvertragsgesetz (VVG) die Pflicht bei einem in Deutschland zum Geschäftsbetrieb zugelassenen Versicherungsunternehmen für sich eine Krankheitskostenversicherung abzuschließen, die den weiteren Anforderungen des § 193 Abs. 3 VVG entspricht. (Analog für Personen, die der gesetzlichen Krankenversicherung zuzuordnen sind, besteht die Versicherungspflicht gemäß § 5 Sozialgesetzbuch V (SGB V)).

Die sog. Mitgliedschaft in der NDGK begründet für sich genommen - nach Auffassung der BaFin - keinen anderweitigen Anspruch auf Absicherung im Krankheitsfall im Sinne des § 5 Abs. 1 Nr. 13 SGB V und keinen vergleichbaren Anspruch im Sinne des § 193 Abs. 3 VVG, die als solche Ausnahmen zu den vorgenannten Versicherungspflichten darstellten. Diese Frage kann von der BaFin nicht verbindlich entschieden werden; dies ist Sache der Gerichte.

Die Richtigkeit der Auffassung der BaFin unterstellt, kämen sog. Mitglieder der NDGK, die der privaten Krankenversicherung zuzuordnen wären, ihrer Krankenversicherungspflicht nicht nach. Dies könnte für diese Personen dazu führen, dass sie zur Zahlung von (gegebenenfalls beträchtlichen) Prämienzuschlägen im Sinne des § 193 Abs. 4 VVG verpflichtet werden, deren Höhe auch von der Dauer der Zeiten der Nichtversicherung abhinge.



400000 05.2009

Union Krankenversicherung  
Aktiengesellschaft  
Postanschrift:  
Peter-Zimmer-Str. 2, 66099 Saarbrücken  
Telefon (06 81) 8 44-0, Telefax (06 81) 8 44-25 09  
www.ukv.de  
E-Mail: Service@ukv.de

Vorstand:  
Dr. Harald Benzling (Vorsitzender),  
Manuela Klechle, Wolfgang Reif  
Vorsitzender des Aufsichtsrats:  
Friedrich Schubring-Giese  
Handelsregister: HRB 7184  
Sitz: Saarbrücken

Konto Union Krankenversicherung:  
SaarLB  
IBAN DE21 5905 0000 0007 9000 04  
BIC SALADE55  
Gläubiger-ID: DE69UKV00000157419  
Versicherungsteuer-Nr.: 9116/814/09388  
Umsatzsteuer-ID-Nr.: DE138118055  
(Versicherungsbeiträge sind umsatzsteuerfrei)

00001M0FEMJPNANESGP-AEAAA071211514000000001000000003547  
6538620201000034-0204-00000-92

Herrn Fitzek ist gemäß § 81f Abs. 1 Satz 1 und Satz 2 VAG zur Abwicklung des unerlaubt betriebenen Versicherungsgeschäfts die Weisung erteilt worden, auf Verlangen eines sog. Mitglieds diesem jederzeit und unverzüglich die Möglichkeit zu geben, den bestehenden Mitgliedsvertrag, der die Gewährung sog. Unterstützungsleistungen mit Rechtsanspruch beinhaltet, sofort und mit Wirkung für die Zukunft aufzuheben.

Zum Schluss noch folgende Hinweise:

Schreiben von Aktiengesellschaften (wie Union Krankenversicherung) müssen die Angaben zum Vorstand, Geschäftssitz, Aufsichtsratsvorsitzenden, Registergericht und dortige Nummer enthalten (§ 80 Absatz 1 Aktiengesetz).

Der Vorstand vertritt die AG, nach außen (§ 78 Absatz 1 Aktiengesetz). Ob der Vorname und Nachname des Bearbeiters samt Unterschrift in unserem Anschreiben enthalten ist, ist für die Rechtswirksamkeit unseres Schreibens bedeutungslos.

Die Beiträge buchen wir bisher von Ihrem Konto ab; sollten Sie dies nicht wünschen, geben Sie uns bitte bis spätestens 21.01.2015 telefonisch Bescheid. Vielen Dank!

Falls Sie Fragen haben, rufen Sie uns bitte an - wir beantworten sie Ihnen gerne!

Freundliche Grüße  
Union Krankenversicherung  
Aktiengesellschaft

Ansprechpartner und Betreuer für diesen Vertrag ist:

Ihr UKV-Service-Team ist montags bis freitags von 8.00 Uhr bis 19.00 Uhr für Sie da.

Infolge der Aktivitäten der BaFin, insbesondere jener vom 27.11.2014, ist nun die Absicherung des Herrn Dreier bei der Deutschen Gesundheit in erheblichem Maße gefährdet. Gleichzeitig weigert sich die UKV, den Übertragungswert der kalkulierten Altersrückstellung nach ihren eigenen AGB (AVB/VT, Stand 01.09.2013, 333915, V660, 09.2013, § 13 Nr. 8) der Deutschen Gesundheit als neuen Absicherer zu übertragen. Zudem fordert die UKV nach bestätigter Vertragskündigung vom 04.11.2014 rückwirkend Beiträge ein. Somit ist auf der einen Seite die Absicherung von Herrn Dreier seitens der Deutschen Gesundheit erschwert (aufgrund willkürlicher Aktivitäten der BaFin) und auf der anderen Seite wird er mit ungerechtfertigten Beitragsforderungen vom Vorversicherer unter falscher Bezugnahme auf gerichtlich ungeprüfte Auffassungen der BaFin zu anderen Sachverhalten (NDGK) konfrontiert.

Sollte das Gericht der „Anregung“ der Antragsgegnerin zur Zurückweisung als „Zustellungsbevollmächtigten“ des Herrn Marco Ginzel folgen wollen, bitten Wir um richterlichen Hinweis. Wir würden dann einen anderen Bevollmächtigten ernennen.

Eine Vollmacht dürfte ihnen aber, entgegen den Behauptung der Antragsgegnerin, vorliegen und wird hier nochmals geliefert (**Anlage 24**).

## II.

Weitere Gründe für die Eilbedürftigkeit der Entscheidung sind folgende:

1.

Obwohl die BaFin Widersprüche und Widerspruchsbegründungen zu ihren o.g. sog. „Bescheiden“ erhielt und obwohl das Begehren auf einstweiligen Rechtsschutz bereits an das VG Frankfurt gestellt und veröffentlicht wurde, versucht der Abwickler der BaFin weiter, jede Veröffentlichung zu verhindern. So okkupierte er bereits mehrfach die Internetseite [koenigreichdeutschland.de](http://koenigreichdeutschland.de), [koenigreichdeutschland.ch](http://koenigreichdeutschland.ch), [NDGK.de](http://NDGK.de) und weitere Internetdomains. Über ihn versucht die BaFin offensichtlich ihr widerrechtliches Vorgehen zu o.g. Vorgängen zu verschleiern, indem die Domains umgeleitet oder gar auf den Abwickler übertragen wurden.

# Domainabfrage-Ergebnis

## Domaindaten

Domain: koenigreichdeutschland.de  
Letzte Aktualisierung: 09.03.2015

## Domaininhaber

Der Domaininhaber ist der Vertragspartner der DENIC und damit der an der Domain materiell Berechtigte.

Domaininhaber: Koenigreich Deutschland  
Organisation: Koenigreich Deutschland  
Adresse: Petersplatz 1  
PLZ: 06886  
Ort: Wittenberg  
Land: DE

## Administrativer Ansprechpartner

Der administrative Ansprechpartner (admin-c) ist die vom Domaininhaber benannte natürliche Person, die als sein Bevollmächtigter berechtigt und gegenüber DENIC auch verpflichtet ist, sämtliche die Domain koenigreichdeutschland.de betreffenden Angelegenheiten verbindlich zu entscheiden.

Name: Koenigreich Deutschland  
Organisation: Koenigreich Deutschland  
Adresse: Petersplatz 1  
PLZ: 06886  
Ort: Wittenberg  
Land: DE

### Technischer Ansprechpartner

Der technische Ansprechpartner (tech-c) betreut die Domain [koenigreichdeutschland.de](http://koenigreichdeutschland.de) in technischer Hinsicht.

Name: Direct Services  
Organisation: DENIC eG  
Adresse: Kaiserstraße 75-77  
PLZ: 60329  
Ort: Frankfurt  
Land: DE  
Telefon: +49-69-27235270  
Telefax: +49-69-27235238  
E-Mail: [info@denic.de](mailto:info@denic.de)  
Bemerkungen: Information: <http://www.denic.de>  
Questions: <mailto:info@denic.de>

### Zonenverwalter

Der Zonenverwalter (zone-c) betreut die Nameserver der Domain [koenigreichdeutschland.de](http://koenigreichdeutschland.de).

Name: Business Services  
Organisation: DENIC eG  
Adresse: Kaiserstraße 75-77  
PLZ: 60329  
Ort: Frankfurt am Main  
Land: DE  
Telefon: +49 69 27235 272  
Telefax: +49 69 27235 235  
E-Mail: [dbs@denic.de](mailto:dbs@denic.de)

### Technische Daten

Nsentry: [www.koenigreichdeutschland.de](http://www.koenigreichdeutschland.de) IN A  
81.91.170.22



DENIC eG • Kaiserstraße 75-77 • 60329 Frankfurt am Main • Deutschland

**Per Telefax: 034916430209**

Herrn Martin Schulz  
Herrn Peter Fitzek

DENIC eG  
Kaiserstraße 75-77  
60329 Frankfurt am Main

Telefon +49 69 27 235-0  
Telefax +49 69 27 235-235  
E-Mail [info@denic.de](mailto:info@denic.de)

<http://www.denic.de>

Ihr Ansprechpartner:  
Dagmar Zeuner  
Rechtsabteilung

Ihr Zeichen / Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen

1. April 2015

**koenigreichdeutschland.de**

Sehr geehrter Herr Schulz,  
sehr geehrter Herr Fitzek,

in o. g. Angelegenheit antworten wir auf Ihr Schreiben vom 17. März 2015.

Wir gehen davon aus, daß Sie mit dem „Transitcode“ das AuthInfo – Passwort meinen, mit dem man einen Providerwechsel vornehmen kann.

Das haben wir an RA Dr. Stefan Oppermann gerichtet, der als Abwickler als einziger berechtigt ist, über die Domain zu verfügen.

Mit freundlichen Grüßen

  
Dagmar Zeuner  
Rechtsabteilung DENIC eG

DENIC eG (Sitz: Frankfurt am Main)  
Vorstand: Helga Krüger, Andreas Musielak, Carsten Schiefner, Dr. Jörg Schweiger  
Vorsitzender des Aufsichtsrats: Thomas Keller  
Eingetragen unter Nr. 770 im Genossenschaftsregister, Amtsgericht Frankfurt am Main

Bankverbindung:  
BLZ 500 800 00  
Konto 965 352 00  
UST-IdNr. DE189976656

Commerzbank AG  
ehemals Dresdner Bank  
SWIFT-BIC DRESDEFF XXX  
IBAN DE76 5008 0000 0098 5362 00

2.

Zudem erging bereits die Kündigung der Leistungsversorgung im Objekt in Wittenberg, Heuweg 16 von den Stadtwerken, da durch Unterstützer zwar immer noch der laufend genutzte Strom bezahlt werden kann und wird, jedoch eine große offene Rechnung über mehr als 20.000 Euro für Gaslieferung bisher nicht beglichen werden konnte und auch nicht vom „Abwickler“ beglichen wurde. Die Lieferung von Gas wurde bereits vor einiger Zeit eingestellt. Wenn der Strom am Ende des Monats abgestellt würde, droht der Verlust der Arbeitsplätze aller beteiligter Personen und der Verfall des Objektes. Andere Versorger wollen einen Versorgungsauftrag nur leisten, wenn ein Lastgangprofil geliefert würde. Dieses verweigern die Stadtwerke jedoch aufgrund der außenstehenden Gasrechnung. Diese wäre längst beglichen worden, würde sich die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht an die angewendete kodifizierte Ordnung der Bundesrepublik halten.

  
STADTWERKE  
LUTHERSTADT WITTENBERG GMBH

---

STADTWERKE LUTHERSTADT WITTENBERG GMBH · Postfach 10 01 13 · 06871 Lutherstadt Wittenberg

---

Neudeutschland  
Heuweg 16  
06886 Lutherstadt Wittenberg

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen  
TV/Ke  
Auskunft erteilt  
Herr Kettner  
Telefon (0 34 91) 4 70-  
280  
Telefax (0 34 91) 4 70-  
205  
E-Mail  
ulrich.kettner@stadtwerke.wittenberg.de  
Datum  
28.06.2015

---

**Kündigung der Strom- und Erdgasliefervereinbarung /**  
**Kd.-Nr. 891887-117502 und 891887-117601**  
**Lieferstelle: Heuweg 16 , 06886 Lutherstadt Wittenberg**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit kündigen wir die bestehende Stromliefer- und Erdgasliefervereinbarung für nachstehende Lieferstelle

Heuweg 16  
06886 Lutherstadt Wittenberg  
Zählpunkt: DE000771068860001202800016000S001 (Strom)  
DE700472068860001202800016000G001 (Erdgas)  
Zähler-Nr.: 94030008 (Strom)  
4206458 (Erdgas)

**zum 30.06.2015.**

Zum gleichen Zeitpunkt werden wir die Stromlieferung an diese Lieferstelle einstellen.

Damit Sie weiterhin Strom beziehen zu können, ist es notwendig, dass Sie einen Stromlieferanten Ihrer Wahl mit der Stromlieferung ab dem 01.07.2015 beauftragen.

Die Erdgaslieferung wurde bereits auf Grund von Zahlungsrückständen eingestellt.

Sofern Sie Rückfragen haben, stehen wir Ihnen jederzeit gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

  
ppa. Dr. Peter Lubitzsch

  
i.V. Ulrich Kettner

Stadtwerke  
Lutherstadt Wittenberg GmbH  
Lacus-Cranach-Strasse 22  
06886 Lutherstadt Wittenberg

Telefon: (0 34 91) 4 70-0  
Telefax: (0 34 91) 4 70-290  
Internet: www.stadtwerke.wittenberg.de  
E-Mail: slw@stadtwerke.wittenberg.de

Bankverbindung:  
Sparkasse Wittenberg  
IBAN: DE81 8055 0101 0000 0001 40  
BIC: NOLAD21WBL

Antragsericht Stendal, HRB 10638  
Steuer-Nr.: 115/110/00248  
Ust.-Id.Nr.: DE139824393  
Glaubiger-ID: DE87SLW00000030995

Geschäftsführer:  
Hans-Joachim Hermann  
Vorsitzender des Aufsichtsrates:  
Eckhard Neumann

3.

Ein weiterer Grund für eine Eilbedürftigkeit ist die Tatsache, daß die BaFin weiterhin versucht, Beteiligte in die Insolvenz zu treiben, indem Sie „Auslagenvorschüsse“ für ihre illegalen Tätigkeiten den Beteiligten auferlegen möchte.

Wir liefern hier dazu eine „Anhörung vor Festsetzung eines Auslagenvorschusses“ vom 11.05.2015 (**Anlage 25a**), einen „Bescheid“(-entwurf) an „Peter Fitzek“, Unser Antwortschreiben auf die Anhörung vom 27.05.2015 (**Anlage 25b**) und auch die Anhörung vor der Festsetzung eines Auslagenvorschusses an Martin Schulz (**Anlage 2**).

Hochachtungsvoll



**Peter**  
Menschensohn des Horst und der Erika Fitzek  
Imperator Fiduziar  
Königreich Deutschland